Sonntag, 18. November.

Der Westfäl. Merkur erscheint täglich zweimal, am Tage nach Sonn- und Feiertagen einmal.

Beilagen: [illegible]
Redaktion: [illegible]
Expedition: Königstraße 54. [illegible]
Verlag und Rotationsdruck der Westfälischen Vereinsdruckerei.
Probenummern: [illegible]
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernsprech-Anschluß: Redaktion Nr. 203, Expedition Nr. 112.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. **Morgen-Ausgabe.** 85. Jahrgang.

1906. — Nr. 577.

Bezugspreise:
Vierteljährlich: In Münster bei der Expedition Mk. 3,00; auswärts bei allen deutschen Postämtern Mk. [illegible]
Zweimonatlich: [illegible]
Einmonatlich: [illegible]
Einzelnummer: [illegible]

Anzeigenpreise:
Für die Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 54, sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Zweites Blatt.

Zum Silberjubiläum der Botschaft von 1881.

Bei Jubiläen darf man nicht einseitig sein. In gehobener Stimmung rückwärts schauen, ist schön; aber in tatkräftiger Stimmung vorwärts schauen, ist recht und heilsam. Die Gedenkfeier darf nicht zu einem K a p u a werden.

Die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 hatte gewiß eine b a h n b r e c h e n d e Bedeutung. Nach der Absicht des damals leitenden Staatsmannes, des Fürsten Bismarck, sollte sie jedoch die Bahn, die wir heute als Sozialreform bezeichnen, n i c h t i n d e r g a n z e n B r e i t e offen legen. Das damalige Ziel war die V e r s o r g u n g der Arbeiter in Krankheits-, Unfalls- und Invaliditätsfällen. Das ist ein w i c h t i g e s Kapitel, aber nicht das einzige. Gleichwertig steht daneben: 2) die A r b e i t e r s c h u t z - g e s e t z g e b u n g, 3) die A r b e i t s r e c h t s g e s e t z g e b u n g.

Durch das Tagebuch des alten Hohenlohe ist neuerdings wieder beleuchtet worden, wie wenig Verständnis und Interesse Fürst Bismarck an dem S c h u t z der Arbeiter gegen Raubbau an ihren leiblichen und seelischen Kräften hatte. Unvergeßlich ist uns die Reichstagssitzung in den achtziger Jahren, in der Fürst Bismarck gegenüber einem Zentrumsantrage die große menschengeschichtliche Frage des wöchentlichen R u h e t a g e s erledigen zu können glaubte mit der wunderlichen Behauptung: in sieben Tagen könne man um ein Sechstel mehr verdienen, als in sechs Tagen! Auf derselben Höhe manchesterlicher Weisheit stand sein Widerstreben gegen die Versuche, die übermäßig lange A r b e i t s z e i t einzuschränken. Zu der Krisis von 1890 trug wesentlich der Gegensatz bei, der sich in Sachen des Arbeiterschutzes zwischen dem reformeifrigen jungen Kaiser und dem starren Kanzler auftat. Nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck wurde die Bahn frei für eine Arbeiterschutzgesetzgebung, es ist da in den letzten anderthalb Jahrzehnten vieles erreicht worden in der Sicherung ausgiebiger Sonntagsruhe, in dem unmittelbaren Schutz der jugendlichen weiblichen Personen gegen Ueberanstrengung und in der mittelbaren Einwirkung gegen vorzeitige Aufreibung der Männer-Arbeitskraft.

Ebenso wurde damals die Bahn frei für die Entwicklung des A r b e i t s r e c h t e s. Allerdings ist auf diesem dritten Gebiete die Sozialpolitik am langsamsten vorwärts gekommen. Diejenigen Parteien, welche sich mit einer gewissen Einseitigkeit von den Anschauungen und den nächsten Interessen der Arbeitgeber beherrschen ließen, machten sehr große Schwierigkeiten; wir erinnern z. B. an die vorjährige Novelle zum Berggesetz. Die Sozialdemokratie, welche die Arbeiterrechte zu ihren Parteizwecken auszunutzen droht, erhöhte die Schwierigkeiten; so kam es vor, daß mit Mühe R ü c k s c h l ä g e abgewehrt werden mußten, z. B. das sog. Zuchthausgesetz, welches das Koalitionsrecht beeinträchtigen wollte. Es hat der Anstrengungen langer Jahre bedurft, um endlich den ersten Anlauf zur R e c h t s f ä h i g k e i t d e r B e r u f s v e r e i n e zu erreichen. Eine V o r l a g e in dieser Richtung ist in den letzten Tagen eingebracht worden; die Beratung dieses Entwurfs wird an Dornen und Klippen keinen Mangel haben, da sich aus dem Lager der Kartellparteien schon jetzt Stimmen für eine V e r s c h l e c h t e r u n g des Entwurfs geltend machen, während von den weitsichtigeren Sozialpolitikern V e r b e s s e r u n g e n des Entwurfs, insbesondere die Ausmerzung gewisser, vom Mißtrauen diktierter Vollmachtsklauseln für unerläßlich gehalten werden.

Bei dem Jubiläums-Rückblick muß man die gekennzeichneten Aeste des Baumes der Sozialreform auseinanderhalten. Und wenn wir den Gedenktag der Grundsteinlegung für die A r b e i t e r v e r s o r g u n g, die Versicherungsgesetzgebung, feiern, so dürfen wir nicht vergessen, daß auch dieser erste Zweig der Sozialreform noch nicht ausgewachsen ist. Vor allem fehlt bei der Invaliditäts-Versicherung noch die Fürsorge für die W i t w e n u n d W a i s e n, dieser wichtige Punkt führte bekanntlich in den achtziger Jahren zu einer ernsten Meinungsverschiedenheit. Die Mehrheit der Zentrumspartei hielt die Witwen- und Waisen-Versorgung von vornherein für so dringlich, daß sie lieber zunächst den Kreis der Versicherungspflichtigen auf die i n d u s t r i e l l e n A r b e i t e r beschränken wollte, um nur sofort die Hinterbliebenen in die Wohltaten einbeziehen zu können. Was damals nicht gelingen wollte, wurde im Jahre 1902, bei der Beratung des Zolltarifs, vom Zentrum mit bahnbrechendem Erfolg in Angriff genommen. Aus den Erträgen der Schutzzölle auf Lebensmittel wird jetzt ein Fonds gebildet, der die finanzielle Unterlage für die Witwen- und Waisenversorgung bilden soll. Die Geldreserve wird hoffentlich wirksamer als Reden und Resolutionen die Regierung und den Bundesrat zur Ausarbeitung eines solchen Gesetzentwurfs anhalten. Wir hätten das Silberjubiläum der Botschaft von 1881 nicht schöner feiern können, als durch die Fertigstellung der Witwen- und Waisen-Versorgung, die Krönung der Versicherungs-Gesetzgebung. Wenn nun leider bis zum Ende des 25. Jahres dieser Ausbau des zuerst begonnenen Flügels nicht erreicht worden ist, so sollte man doch allerseits sich ernstlich vornehmen, das noch fehlende Stück s o b a l d a l s m ö g l i c h anzufügen.

Und dann müssen wir uns klar bleiben, daß die b e i d e n a n d e r n Zweige der Sozialreform noch mannigfaltige und ausdauernde Arbeit erfordern. „Gelöst" wird ja die soziale Frage vor dem jüngsten Tage überhaupt nicht. Auch nach weiteren 25 Jahren werden wir oder unsere Nachfolger uns nicht auf die Bärenhaut legen können, sondern weiter sorgen und streben müssen, um gegen die alten und neuen Nöte der menschlichen Gesellschaft die Grundsätze des Christentums, die zugleich die Grundsätze der wahren Staatskunst sein müssen, nach besten Kräften zur Geltung zu bringen.

Deutschland.

Berlin, 17. November.

● **„Schwarzseher" und „Deutsche Sorgen".** Unter dem Titel: „Unser Kaiser und sein Volk. Deutsche Sorgen. Von einem Schwarzseher" ist im Verlage von Paul Wetzel in Freiburg i. B. ein Buch erschienen, das die Oeffentlichkeit wohl noch mehr beschäftigen wird, ähnlich wie die Schrift des Grafen Reventlow über „Kaiser Wilhelm II. und die Byzantiner". Ueber den Verkehr mit Ministern und Staatssekretären berichtet der „Schwarzseher":

„Wilhelm II. ist durchaus kein guter Zuhörer. Wohl mag er die ehrliche Absicht haben, zuzulernen, aber der Drang zu erobern, zu bezwingen, die eigene Persönlichkeit auf andere wirken zu lassen, ist ihm von jeher so stark gewesen, daß seine Räte sehr selten zur Absolvierung eines Vortrages, seine Gäste fast nie zu einer ergiebigen Diskussion mit dem kaiserlichen Herrn kommen. Oft ist der Vortragende noch nicht beim dritten Satz angelangt, dann nimmt der K a i s e r s e l b s t d a s W o r t, entwickelt s e i n e e i g e n e n A n s i c h t e n über die Materie, die er stets völlig zu beherrschen glaubt, fragt nur, um fast im gleichen Moment selbst zu antworten, kommt, rasch überspringend, leicht vom Hundertsten ins Tausendste und hat nach Ablauf der festgesetzten Zeit meist dem Vortragenden eine höchst anregende Stunde bereitet, ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit benommen, seiner Informationspflicht zu genügen, eine eigene Meinung zu entwickeln. Wer dem Gedankengang des Kaisers nicht folgt, wer, wie einer unserer tüchtigsten Staatssekretäre, hartnäckig bei der Stange bleibt, und mit einer gewissen Pedanterie immer wieder auf sein Thema zurückzukommen versucht, der gerät beim Kaiser leicht in den Ruf eines „langweiligen Kumpans", eines „ledernen Bureaukraten". Er kann es erleben, daß er monatelang nicht mehr zum Vortrag befohlen wird, daß ihn der Kaiser dann schließlich einmal zwar resigniert zum Worte kommen läßt, ohne aber viel hinzuhören. Wilhelm II. gibt sich in solchen Fällen übrigens keineswegs viel Mühe, seine Teilnahmlosigkeit zu verbergen. Er pflegt, an die Wand gelehnt, mit seinen Teckeln zu spielen, jagt sie gelegentlich im Zimmer herum und kommt erst wieder in Laune, wenn die Köter dem „Pedanten" so lange zwischen den Beinen durchgelaufen sind, bis er schließlich nervös und verwirrt, selbst den Faden verloren hat, worauf er dann allerdings meist ein joviales „Trostwort" des Monarchen mit auf den Heimweg nehmen darf."

Ueber den V e r k e h r d e s K a i s e r s m i t d e m F ü r s t e n B ü l o w erzählt der „Schwarzseher":

„Mit bewunderungswürdiger Gewandtheit versteht es Bernhard B ü l o w, die Flut der Anregungen einzudämmen, welche sein h o h e r G a s t mitzubringen pflegt, und schließlich das herauszuschälen, was sich e i n i g e r m a ß e n in den Rahmen der inneren und der äußeren Politik e i n f ü g e n l ä ß t. In stets unterhaltendem Plauderton gibt der Kanzler dem Monarchen einen Extrakt der eingelaufenen Meldungen und Berichte, die knapp kommentiert werden, um, wo es not tut, eine kaiserliche Entscheidung zu provozieren. Fürst Bülow weiß, daß er die Geduld seines hohen Gastes auf keine zu harte Probe stellen darf. Es muß daher eine sehr sorgfältige Auswahl aus dem täglich sich in dem Kanzlerpalais häufenden Material getroffen werden, und wenn Wilhelm II. sich gelegentlich auch einmal in die letzten Details einer Frage vertieft, so ist man doch gemeinhin, wie die Dinge nun einmal liegen, in der Wilhelmstraße gar nicht in der Lage, den Kaiser eingehender und umfassender zu orientieren, als die „Fähigkeiten der Stunde" es gebieterisch heischen. Nicht als ob Wilhelm II. mit der Zeit, die er für seinen Kanzler übrig hat, allzu sehr geize. Er ist dem Fürsten Bülow in ritterlicher Weise zugetan. Er freut sich der Unterhaltung mit dem vielerfahrenen, feinsinnigen und sympathischen Weltmann. Aber im allgemeinen vermögen die oft recht nüchternen Einzelheiten der Regierungstätigkeit den Kaiser nicht lange zu fesseln. Er ist stets bereit, in das weite Feld allgemeiner Erörterungen auszubrechen, wo er dann rasch die E r d e n s c h w e r e d e s K o n k r e t e n abstreift und auf den Flügeln der Phantasie dahinstürmt, froh, vor aller informatorischen Kleinarbeit geborgen zu sein. . . ."

An einer anderen Stelle erzählt der „Schwarzseher": Da bekannt ist, daß der Kaiser für einen guten Witz stets ein frohes, herzliches Lachen hat und gelegentlich auch einer kräftigen Anekdote sein Ohr nicht verschließt, so liegt die Versuchung nahe, ihn durch allerhand derbe Späße oder durch geistvolle Aperçus, durch witzigen Klatsch zu gewinnen. Das erstere hat ein vielgenannter Ressortminister verstanden, dessen kräftige Nerven auch der schärfsten Angriffe auf seine amtliche wie außeramtliche Tätigkeit lange Zeit spotten konnten. Als amüsanter Plauderer aber — und als sehr geschickter Zuhörer — hat sich Bernhard Bülow in das Herz seines kaiserlichen Herrn geschmeichelt. Der Weise im Reichsamt des Innern dagegen hat es mit all' der gediegenen Arbeit beim Kaiser nur zum Rufe eines „ledernen Pedanten" bringen können.

✉ **Der Freisinn** hat sich am Freitag im Reichstag aufs hohe Roß gesetzt und durch seinen Wortführer G o t h e i n dem Zentrum Vorwürfe machen lassen wegen seiner angeblichen I n k o n s e q u e n z bei der Prüfung beanstandeter Wahlen. Es handelt sich bei den Wahlen, die der Abgeordnete Gothein im Auge hatte, um diejenigen der konservativen Abgeordneten Malkewitz und Dietrich. Die Prüfung dieser Wahlen stand am Freitag auf der Tagesordnung des Reichstages. Die Vorgänge, die dabei mitspielten, veranlassen uns, näher darauf einzugehen. Gegen die Wahl des Abg. Dietrich hatten Freisinn und Sozialdemokratie geltend gemacht, daß fünf Bürgermeister und zwei Amtsvorsteher den Wahlaufruf in ihrer amtlichen Eigenschaft unterzeichnet hatten. In dieser Tatsache erblickten nun die protestführenden Parteien eine amtliche Wahlkandidatur. Einer solchen Auffassung hat sich aber das Zentrum nicht anschließen können, und zwar mit vollem Recht. Denn dadurch, daß ein Amtsvorsteher seine amtliche Eigenschaft der einem Wahlaufruf gegebenen Unterschrift beifügt, wird die Kandidatur doch bei weitem noch nicht eine amtliche. Im Höchstfalle ist es angängig, von einer amtlichen Wahlbeeinflussung zu sprechen, und eine solche hat die Kommission auch als vorliegend betrachtet und daraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Sie hat nämlich für die betreffenden Orte sämtliche Stimmen vom Wahlresultat in Abzug gebracht. Somit ist also geschehen, was nur geschehen konnte. Das ist aber nicht das einzige Moment, in dem man einen Grund gefunden haben wollte, um dem Zentrum am Zeug flicken zu können. Man hat nämlich behauptet, daß eine ganze Reihe von Ortsvorstehern ihre amtliche Eigenschaft unter den Wahlaufruf gesetzt hätten. Nun hat sich aber die Kommission mit dieser Angelegenheit überhaupt nicht beschäftigt. Denn von einem solchen Tatbestand ist weder in einem Protest, noch bei der Prüfung durch die Kommission die Rede gewesen, das Zentrum war also überhaupt nicht in der Lage, in der Kommission hierzu Stellung zu nehmen.

Wie wenig stichhaltig aber die Vorwürfe des Abg. Gothein waren, geht zur Evidenz noch aus folgendem hervor. Es wird dem Zentrum vorgeworfen, daß es seinerzeit, als die Wahl des Abg. B l u m e n t h a l zur Prüfung stand, eine entgegengesetzte Haltung eingenommen habe, als im jetzigen Falle Dietrich. Anscheinend ist dies, oberflächlich betrachtet, richtig, sachlich trifft es aber nicht zu. Denn in Elsaß-Lothringen werden die Bürgermeister von oben ernannt, während das in Preußen nicht der Fall ist. Die Verhältnisse sind also hier ganz anders gelagert. Die freisinnige Konsequenz wird aber weiterhin auch dadurch beleuchtet, daß seinerzeit der freisinnige Abg. Payer selbst für die Gültigkeit der Wahl des Abg. Blumenthal eintrat, während im Falle Dietrich der freisinnige Abg. Gothein die Gültigkeit der Wahl bekämpft, obwohl in Preußen die Bürgermeister frei gewählt werden. Angesichts dieses Tatbestandes dem Zentrum einen Strick drehen zu wollen, ist ein Kunststückchen, das dem Abg. Gothein und seinem freisinnigen Anhang vielleicht gefallen mag, aber der Oeffentlichkeit gegenüber nicht bestehen kann. Wir haben es deshalb für unsere Pflicht gehalten, den Sachverhalt näher darzulegen.

Noch ein Wort zur Wahl des Abg. Malkewitz. Hier hat der Abg. Gothein die Behauptung aufgestellt, daß der Regierungspräsident, Graf v. Schwerin in Köslin, sich der Wahlbeeinflussung schuldig gemacht habe, indem er gesagt hätte, die Beamten sollten denjenigen Kandidaten wählen, der ihm, d. h. dem Präsidenten, als der geeignetste erscheine. Die Beweisführung für diese Behauptung gelingt dem Abg. Gothein aber ebenso wenig. Denn wie der Sachverhalt feststeht, hat der Regierungspräsident laut Kommissionsbericht gesagt: „Keiner der beiden Kandidaten, weder Herr Dr. Barth noch Herr Malkewitz, könne als ein der Königlichen Regierung genehmer Kandidat bezeichnet werden. Trotzdem müsse jeder Beamte seiner staatsbürgerlichen Pflicht genügen und habe jeder zu prüfen, wer von den Kandidaten ihm der geeignetste für das Wohl des Staates zu sein scheine. Wen er im Sinne der Regierung als das kleinste Uebel betrachten dürfe, den solle er wählen." Wie es jedem, der zu lesen und zu denken versteht, sofort einleuchten muß, kann sich das Wörtchen „ihm" vielmehr nicht auf den Regierungspräsidenten beziehen. Es hat vielmehr nur Geltung für den einzelnen Beamten. Infolgedessen kann von einer Beeinflussung durch den Regierungspräsidenten auch gar keine Rede sein. Hat er doch ausdrücklich erklärt, daß keiner der Kandidaten ihm passe; gleichwohl legte er den Beamten die Wahlpflicht ans Gewissen. Man sollte es deshalb nicht für möglich halten, daß gegenüber einem solchen Tatbestande der Abg. Gothein die von ihm beliebten Vorwürfe gegen das Zentrum konstruieren konnte.

§ **Ueber die neuen Steuerpläne** der Reichsregierung verlautet noch nichts Bestimmtes. Die geplante M a i s c h b o t t i c h s t e u e r kann höchstens 4 Millionen Mark aufbringen; es bleiben also immer noch 16 Millionen Mark nach den Forderungen der Regierung zur Reichsfinanzreform zu decken übrig. Ueber den Ertrag der F a h r k a r t e n s t e u e r kann nach den bisherigen Ergebnissen noch kein sicheres Urteil gefällt werden, da diese Steuer für den deutschausländischen Verkehr erst seit dem 1. Oktober in Kraft trat. Indes hält sich die Ueberzeugung aufrecht, daß die Fahrkartensteuer den e r w a r t e t e n E r t r a g n i c h t a u f b r i n g e n kann. Dagegen wird die Zigarettensteuer ein weit über den Voranschlag hinausgehendes Erträgnis liefern.

□ **Das konservative Parteiprogramm** soll nun doch einige Aenderungen erfahren. Der engere Ausschuß des Parteivorstandes hat darüber bereits Beschluß gefaßt. Es wurde auch eine Kommission eingesetzt, welche die entsprechenden Aenderungen sogar schon dem bevorstehenden Delegiertentag unterbreiten soll. Noch vor wenigen Tagen hat die konservative „Kreuzztg." etwas Derartiges als unmöglich hingestellt. Die bekannten Unterströmungen scheinen also doch die Oberhand gewonnen zu haben.

— **Wieder ein „fliegender Genosse".** Der sozialdemokratische Parteivorstand im 3. Berliner Kreise hat beschlossen, der nächsten Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den betreffenden Kreis einen Antrag auf Ausschluß des Genossen Dr. F r i e d e b e r g zu unterbreiten und seine Annahme zu empfehlen. Friedeberg ist bekanntlich Anarchosozialist.

△ Der Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauforderungen

ist am Donnerstag im Reichstag zur Verteilung gelangt. Der Gesetzentwurf besteht aus 42 Paragraphen. Beigegeben ist ihm eine sehr umfangreiche Begründung, sowie eine Uebersicht über die den früheren Entwürfen eines Gesetzes betr. Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker ergangenen Aeußerungen. Die B e g r ü n d u n g legt zunächst die Klagen dar, welche von Seiten der Bauhandwerker über die Verluste geführt werden, welche die modernen Bauspekulationen ihnen zufügen. Die Ansichten über die Höhe der Verluste gehen auseinander. An einer amtlichen Statistik fehlt es dieser Beziehung. Die neue Vorlage steht im wesentlichen auf dem Boden des früheren Entwurfes 8, hat jedoch von Bestimmungen über die gleichmäßige Verteilung der Baugelder abgesehen und die Vorschriften über den Schutz der Nachmänner vereinfacht, wie sie überhaupt bestrebt gewesen ist, das Gesetz tunlichst einfach und übersichtlich zu gestalten. Ein wesentlicher Unterschied von den früheren Entwürfen besteht darin, daß dem Eigentümer das Recht nach § 4 eingeräumt wird, durch Hinterlegung einer mäßig bemessenen Sicherheit die Eintragung eines Bauvermerkes und die Einstellung des Baustellenwertes abzuwenden. Wir fügen den Wortlaut des § 4 an:

„Die Eintragung eines Bauvermerks unterbleibt, wenn in Höhe eines Betrags, der nach dem Ermessen der Baupolizeibehörde den vierten Teil der voraussichtlich entstehenden Baukosten erreicht, Sicherheit durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren geleistet ist."

Von dem Vorschlag, welchen der Abg. Wallbrecht im Jahre 1904 im Reichstag gemacht hat und nach welchem in den durch königliche Verordnung bestimmten Bezirken die Erteilung der Bauerlaubnis nur erfolgen kann, wenn der sie nachsuchende Bauherr entweder nach der Ansicht des Bauschöffenamts für zahlungsfähig zu erachten ist oder für den vollen Betrag der Baukosten durch Hypothek, Bürgschaft oder Hinterlegung von Wertpapieren Sicherheit leistet, ist Abstand genommen worden, weil dieser Antrag die Bauhandwerker nicht genügend schützt. Soweit dem Antrage Wallbrecht ein nach Auffassung der Regierung berechtigter Kern zugrunde liegt, bewegt sich in der gleichen Richtung der dem Reichstage zurzeit vorliegende

Gesetzentwurf … r Gewerbeordnung, durch
welchen den Ba… gegeben werden soll, Bau-
unternehmern … läßig erwiesen haben, das
Recht zur Ausb… zu entziehen. Der Gesetz-
entwurf bezwe… Lage, in der sich die Bau-
handwerker bef… beseitigen, daß denjenigen,
welche an der E… Landes durch ihre Tätigkeit
oder durch Lief… lien beteiligt sind, die vor-
zugsweise Be… aus dem durch den Bau
geschaffenen M… stücks gesichert wird. Zu
früheren Erört… dem Zwecke zu ergreifenden
Maßnahmen i… den Vordergrund getreten,
der ohne Beein… Grundsätze des Grundbuch-
rechts im wesen… sistet, wie ein beschränktes
Vorrecht, näml… er Differenzkaution. Danach
soll ebenfalls … aues eine Feststellung des
Baustellenwert… e Feststellung soll aber für
den Rang der … e ohne Bedeutung sein, und
es soll die beab… der Baugläubiger dadurch
verwirklicht wer… e für die Baugläubiger ein-
zutragende Bau… erk vor Beginn des Baues
zu sichernde Ba… tig nur den nach allgemei-
nen Grundsätze… ke zukommenden Rang hat,
daß aber die B… rteilt wird, wenn die einge-
tragenen Hypot… lenwert nicht übersteigen oder
in Höhe des Ue… rheit geleistet wird. Dieser
Vorschlag ist in… es Jahres 1901 angenommen
worden und lie… tändigen Erlasse zu Grunde.
Wir lassen jetzt… en einzelnen Bestim-
mungen de… en:

§ 1 überläß… r Verordnung, diejenigen Ge-
meinden zu best… der Schutz der Baugläubiger
nach den Vorsch… stattfinden soll.

§ 2 schließt … , daß nach § 90 der Grund-
buchordnung b… Verordnung bestimmt werden
kann, daß gew… auf Antrag ein Grundbuchblatt
erhalten, diese … r Anwendung des Entwurfes
aus, weil bei … eine Schädigung der Bauhand-
werker nicht zu…

Die Vorsch… Folgende befassen sich mit den
vor Beginn de… führung des Schutzes der Bau-
gläubiger erfor… n.

Ueber § 4 … esprochen.

§ 5 bestim… olizeibehörde die Bauerlaubnis
nur erteilen da… Sicherheit geleistet ist, oder wenn
der Bauvermer… ch entweder die dem Bauver-
merke vorhergeh… den Baustellenwert nicht über-
steigen oder in… hoffes Sicherheit durch Hinter-
legung von Ge… ren geleistet ist.

Die §§ 7 … ie Ausführungsbestimmungen.

§ 10 bestim… augläubiger, denen die Vorteile des
Gesetzes zugute… lautet: „Baugläubiger sind die an
der Herstellung… auf Grund eines Werk- oder
Dienstvertrages… die diejenigen, welche zur Her-
stellung des Ge… eliefert haben, sofern die Werk-,
Kauf- oder V… von dem Eigentümer der Bau-
stelle oder für… schlossen worden sind. Dem Eigen-
tümer der Bau… wer den Bau mit Zustimmung
des Eigentümer… ausführt."

§ 11 schützt… iger auch dann, wenn sie nur mit
Zwischenperson… haben; er lautet: „Hat der Eigen-
tümer die Herf… ebäudes oder eines einzelnen Teiles
des Gebäudes … ner übertragen und war ihm be-
kannt oder info… ständigkeit unbekannt, daß dem Unter-
nehmer die zu b… n erforderlichen Mittel nicht zu Ge-
bote standen ode… nicht die Absicht hatte, die aus der
Herstellung für… chen Verbindlichkeiten in vollem Um-
fange zu erfüllen,… e im § 10 Satz 1 bezeichneten Per-
sonen auch dann… biger, wenn die Verträge von dem Unter-
nehmer oder im… Weiterübertragung der Herstellung an
andere Unternehme… einem solchen geschlossen worden sind."

§ 14 handelt… der Anmeldung der Bauforderungen und
setzt die Frist auf… ale fest.

§ 15 macht die Wirksamkeit einer Anmeldung davon abhängig, daß mit der Anmeldung oder nachträglich jedoch vor dem Ablaufe der Anmeldungsfrist entweder die schriftliche Zustimmung des Eigentümers oder eine gegen diesen ergangene einstweilige Verfügung beigebracht wird.

§ 16 handelt von der Zurücknahme einer Meldung.

Nach § 18 sind alle angemeldeten Bauforderungen bei der Eintragung der Bauhypothek nach ihrem Gesamtbetrage zu berücksichtigen.

§ 19 bestimmt, daß mehrere bei der Eintragung der Bauhypothek berücksichtigte Bauforderungen unter sich gleichen Rang haben.

§ 21—24 handeln vom Vorrang der M a n g e l h y p o t h e k und der Bauhypothek. Die Bauhypothek entsteht erst mit der Eintragung. Es kann aber der Fall eintreten, daß schon vorher das Grundstück zur Zwangsversteigerung gelangt und daher bestimmt § 25, daß in diesem Fall die Baugläubiger im Vollstreckungsverfahren ebenso befriedigt werden, als wenn bereits eine Bauhypothek eingetragen wäre.

§ 26 sieht eine Hinausschiebung des Versteigerungstermins bis nach dem Ablaufe der Anmeldefrist vor.

Mit § 29 beginnen die näheren Vorschriften über die nach § 4 zur Abwendung der Eintragung eines Bauvermerkes und die nach § 5 wegen Ueberschreitung des Baustellenwertes durch die voreingetragenen Belastungen geleisteten Sicherheiten.

Parlamentarisches.

Berlin, 16. Nov.

+ **Die Etatsberatungen** sind im Bundesrate noch stark im Rückstande. Aus der Tatsache, daß ihm große Etats überhaupt noch nicht vorliegen, wird der Schluß gezogen, daß innerhalb der obersten Reichsinstanzen über die Mehrforderungen, namentlich auch über das Heer, noch immer keine Verständigung erzielt worden ist. Alle diese Mitteilungen lassen nichts Gutes erwarten. Bereits liegt für Südwestafrika der Nachtragsetat von 29 220 000 Mark vor. Es wird deshalb immer mehr zur Gewißheit, daß auch für das Heer nur bedeutende Mehrforderungen erwarten.

— **Die Kommission für die Maß- und Gewichtsordnung** hielt heute ihre Schlußsitzung ab und stellte den vom Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.) verfaßten Bericht fest. Es sind nachträglich einige Bittschriften eingegangen, von kommunalen Hilfsbeamten, die von der Verstaatlichung des Eichwesens einen Verlust ihrer Stellung fürchten, da bei der Uebernahme in den Staatsdienst die Bedingung gestellt wird, daß sie ihre Nebenbeschäftigungen aufgeben müssen. Bei vielen dieser Beamten ist aber die Nebenbeschäftigung eigentlich die Hauptbeschäftigung. Es sind Schlosser, Mechaniker usw., die nebenbei als kommunale Eichbeamte tätig sind. Die Kommission erkannte die Berechtigung dieser Besorgnisse an, und es wird infolgedessen bei der Beratung im Plenum auf den in der Kommission nicht weiter verfolgten Antrag Raab zurückgekommen werden, wonach die Eichbeamten „tunlichst" in den Staatsdienst übernommen werden sollen. Im übrigen ist ja, da die neue Ordnung erst im Jahre 1912 durchgeführt sein soll, eine ausgiebige Frist gelassen, um sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten.

* **Zur Novelle betr. den Vogelschutz,** welche dem Reichstag gegenwärtig vorliegt, beantragt der Zentrumsabgeordnete Frhr. v. W o l f f - M e t t e r n i c h, daß für diejenigen Landesteile, in welchen der Krammetsvogel nicht jagdbar ist, das Fangen mit der Schlinge gestattet sein soll. Ferner wird der genannte Abgeordnete beantragen, daß das in der Novelle vorgesehene Verbot des Verkaufs von einheimischen Stubenvögeln während der Zeit vom 1. März bis 15. September aus der Vorlage entfernt wird. Indessen dürfte dieser Antrag wenig Aussicht haben, da die Novelle auf einem internationalen Pariser Abkommen beruht.

Frankreich.

□ **Wesentliche diplomatische Veränderungen** sollen im äußeren wie im inneren Dienst, d. h. am Quai d'Orsay in Paris, vorgenommen werden. Man will sämtliche Posten mit „erprobten Republikanern" besetzen. In Kennerkreisen ist es längst kein Geheimnis mehr, daß dabei die G e s a n d t s c h a f t e n i n B e r l i n u n d W i e n zunächst in Betracht kommen. Was die allgemeine diesbezügliche Veränderung betrifft, so scheint das Kabinett noch einen solideren parlamentarischen Boden unter seinen Füßen verspüren zu wollen, bevor es einschneidende Schritte nach dieser Richtung hin unternimmt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß schon in einigen Wochen bedeutende diplomatische Verschiebungen resp. Neubesetzungen erfolgen.

! **Die kirchenpolitische Debatte,** die man in zwei bis drei Sitzungen in der Deputiertenkammer zu erledigen gedachte, hat über eine Woche angehalten und schließlich mit einem vollen Siege für die Regierung geendet. Die 247 Stimmen Mehrheit sind allerdings dem Rednertalente und der taktischen Geschicklichkeit des Kultusministers Briand zuzuschreiben, welcher der Opposition mit der ausgesprochensten Höflichkeit begegnete. Der Hauptpunkt der gesamten Debatte drehte sich natürlich um den Grundpfeiler des Trennungsgesetzes, den von der Regierung vorgeschlagenen Kultusverein. Der Kultusminister bestritt, daß der Gesetzgeber die Absicht habe, sich in die kirchliche Disziplin einzumischen. Was das Gesetz vorschreibe, das sei einfach die Zahl der Kultusvereinsmitglieder. Es sei ihm gleichgültig, wie sich die Zusammensetzung gestalte. Der fragliche Verein könne den Bischof zum Präsidenten und ausschließlich nur Geistliche zu Mitgliedern wählen. Darin liegt für die Kirche allerdings auch keine Gefahr. Sie könnte höchstens den Artikel 8 des Gesetzes entspringen, welcher dem Staatsrat das entscheidende Wort in einem Konflikte all zwischen den betreffenden Vereinen gibt. So lange allerdings Herr Briand die Leitung des Kultus noch unter sich hat, dürfte man auch katholischerseits volles Vertrauen zur unparteiischen Haltung seitens der Regierung haben. Das wird auch in hohen kirchlichen Kreisen innerhalb Frankreichs unverhohlen anerkannt. Nur weiß man eben auch, daß derartige Verhältnisse über Nacht wieder ändern können. Deswegen besteht der Vatikan vor wie nach auf einer Abänderung des Gesetzes, die seinen Ansprüchen gerecht wird. Die Lage bleibt also jetzt dieselbe. Ein Gewährsmann des „Echo de Paris" hat im erzbischöflichen Palast in Paris von bester Quelle erfahren, daß der französische Episkopat sich bereits anschickt, seine Gebäulichkeiten, die zum größten Teile Eigentum des Staates und der Gemeinde sind, zu räumen. Das Verlassen der fraglichen Bauten geschehe nicht nicht ohne daß ein Protest erfolge. Zu Zwischenfällen wie in der Inventurfrage käme es aber nicht, da es der Wille des Papstes sei, jeder derartige Agitation zu vermeiden. Unter den gegebenen Umständen erscheint demnach ein E i n v e r n e h m e n mit R o m völlig ausgeschlossen. Beide Teile beharren auf ihrem Standpunkt. Wie sich die Frage weiter abwickelt, wird erst die Zukunft endgültig lehren. Immerhin ist jetzt schon beachtenswert, daß einem großen Teil des Blockes die der vom Staatsrat gewährte Waffenstillstand eines Jahres auch nach dem freiheitlichen Ausführungen Briands immer noch zu lang dünkt. Die Jakobiner werden da sicher Vorstöße machen.

— **Die Deputiertenkammer** setzte am Freitag die Besprechung des f r a n z ö s i s c h - s c h w e i z e r i s c h e n H a n d e l s v e r t r a g e s fort. Ein Antrag, der auf Einleitung neuer Verhandlungen abzielte, wurde mit [illegible] gegen 86 Stimmen abgelehnt, und der Gesetzentwurf, betr. den Zolltarif, sodann mit 514 gegen 63 Stimmen angenommen. Der französisch-schweizerische Handelsvertrag wird hierauf durch Handaufheben genehmigt.

Großbritannien.

● **Eine ministerielle Revolte.** Die liberale U n t e r h a u s m e h r h e i t wir immer rebellischer, je mehr die Regierung sich zum Nachgeben gegenüber Forderungen der unionistischen Minderheit neigt und der kleinen Zahl der liberalen Whigs zeitweise die Führung der Geschäfte in dieser oder jener Richtung überläßt. Die U n t e r r i c h t s d e b a t t e im Oberhause hat längst die Geduld der radikalen Mehrheit im Hause der Gemeinen erschöpft, nicht weil man besonderen Wert auf die Unterrichtsvorlage legte, die allmählich allen gleichgültig geworden ist, sondern weil man befürchtet, daß die Lords, durch diesen Erfolg ermutigt, sich auch an die anderen vom Unterhause beschlossenen Gesetze machen und diese in ähnlich verstümmeltem Zustande zurückschicken könnten. Unter diesen Umständen erregt jedes, auch das kleinste Entgegenkommen der Regierung gegen die Minderheit des Unter-

hauses bei der Mehrheit lebhafte Ungeduld. Als daher bei Beratung der Landpacht-Vorlage die Regierung Miene machte, der Forderung der Minderheit nachzugeben, die den Farmern das Recht nicht zugestehen wollte, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Großgrund-Besitzer auf dem Pachtlande Spargel, Rhabarber und Erdbeeren zu bauen, erreichte der Unwille der Mehrheit eine solche Höhe, daß es von allen Seiten des Hauses leidenschaftliche Proteste regnete und die Regierung beinahe über den unglücklichen Rhabarber ihre Mehrheit verloren hätte. Verzweifelt flüchteten die Einpeitscher der Regierung umher. Gruppenweise weigerten sich die liberalen und radikalen Abgeordneten für die Regierung zu stimmen, ebensoviele verließen entrüstet den Saal, um sich der Abstimmung zu enthalten; die Lage erschien um so kritischer, als schon bei der vorhergehenden Abstimmung über die Erdbeeren-Frage nur die Opposition die Regierung rettete, indem sie fast einstimmig für sie ihre Stimmzettel abgab, endlich gelang es einigen Ministern die Aufgeregten zu beruhigen, und als es zur Schlußabstimmung kam und die meisten glaubten, die Regierung werde mit kaum einem Dutzend Stimmen sich retten, erzielte sie doch noch eine Mehrheit von 143 Stimmen, zu der allerdings die Opposition nicht wenig beigetragen hatte. Trotzdem bleibt dieser Vorgang ein Zeichen der Zeit, das man am Ministertische nicht unbeachtet lassen wird. Es tritt die Tatsache immer schärfer hervor, daß die Mehrheit nicht länger dulden will, daß jene kleine Handvoll Altliberaler und Imperialisten, — die liberalen Tories, wie man sie nennt — länger den ganz unverhältnismäßigen Einfluß auf die Regierung ausüben, den sie bis jetzt genossen. Man droht unter den Radikalen bereits offen damit, eine radikale Neubildung des Kabinetts schließlich durchzusetzen, wenn den Forderungen der Masse der Abgeordneten nicht Rechnung getragen und eine reinradikale, wirklich demokratische Politik verfolgt und die bisherige große Rücksicht auf imperialistische Tendenzen und besonders gewisse Interessen des Großgrundbesitzes, der Hochfinanz und der Großindustrie weniger berücksichtigt würden. Die Regierung wird schließlich um so mehr damit rechnen müssen, als es immer augenfälliger wird, daß sie einem schließlichen Waffengange mit dem Oberhause auf die Dauer nicht wird ausweichen können.

Rußland.

□ **Auf Wegen zur Lösung der Judenfrage.** Die Zeitung 'Rossia' weist in einem 'Auf Wegen zur Lösung der Judenfrage' überschriebenen Artikel darauf hin, daß die gewaltsame Konzentrierung der 5 Millionen Juden in Westrußland aus diesem Gebiet eine Art revolutionären Akkumulators gemacht habe, in dem sich die revolutionäre Energie der jüdischen Armut entwickle; wo der Hunger anfange, höre die Gesetzmäßigkeit auf. Wenn von der Schädlichkeit der Juden in Rußland die Rede sei, müsse zuerst festgestellt werden, wer gefährlicher sei: die 5 Millionen Juden im westlichen Rußland oder die 207 000 im Innern Rußlands. Augenblicklich könne von einer vollen Gleichberechtigung der Juden nicht die Rede sein, doch müsse noch vor Zusammentritt der Reichsduma das für die Juden bestehende Verbot, in der Ansässigkeitszone außerhalb der Städte und Flecken zu leben, aufgehoben werden, und ebenso sei das Aufenthaltsrecht der Juden im inneren Rußland den bestehenden Gesetzen entsprechend zu regulieren. Die Lage der Juden in Westrußland verlange, daß die erforderlichen Maßnahmen ohne Aufschub getroffen werden.

Bulgarien.

§ **Bei der Adreßdebatte der Sobranje** betonte der Ministerpräsident Petkow, die äußere Politik Bulgariens werde die gleiche bleiben. Die Regierung habe die strengsten Maßnahmen getroffen, um weitere, gegen die Griechen gerichtete Ausschreitungen zu verhüten. Trotz der antigriechischen Bewegung beständen zu Griechenland gute Beziehungen. Auch die Beziehungen zu allen anderen Mächten seien gute. Der letzte Konflikt des früheren Ministerpräsidenten mit dem russischen diplomatischen Agenten Schtscheglow sei eine Privatangelegenheit gewesen und habe die herzlichen Beziehungen Bulgariens zu Rußland nicht verändert. Die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn seien gut. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag hätten sich nur wegen der noch nicht erfolgten Verständigung der beiden Reichshälften verzögert. Der Minister des Aeußern Stanciow entwarf ein Programm der zukünftigen Politik. Er erklärte, die Beziehungen zu Rußland gehörten zu den besten. Die Regierung werde bestrebt sein, sie noch herzlicher zu gestalten. Bulgariens wirtschaftliche und politische Interessen erforderten, daß die Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn möglichst wie zu Rumänien herzlichst, die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland gute, normale seien. Die Beziehungen zur Türkei seien bisher nur gute, könnten jedoch aufrichtig gute werden. Beide Staaten hätten große gemeinsame, wirtschaftliche und politische Interessen. Die Regierung werde alles tun, um der Türkei zu beweisen, daß sie gewillt sei, eine aufrichtige Politik gegenüber der Türkei zu betätigen. Die Haltung der bulgarischen Regierung in der mazedonischen Frage werde die Türkei überzeugen, daß die Regierung weit davon entfernt sei, Mazedonien herauszufordern oder durch Anwendung äußerlicher Mittel die Entscheidung der mazedonischen Frage zu erzwingen. Die Regierung glaube, daß das begonnene Reformwerk fortschreiten werde, wenn auch langsam. Bulgarien habe keine feindseligen Absichten gegen die Türkei, keine Okkupations-, keine Vereinigungsgelüste; es verlange nur im Namen der Gegenseitigkeit und der Humanität, daß die mazedonische Bevölkerung das Recht erhalte, sich in nationaler und religiöser Hinsicht zu entwickeln. Die Verstärkung der bulgarischen Armee entspreche nur der gegenwärtigen Epoche des bewaffneten Friedens.

Marokko.

⊙ **Eine Flottenkundgebung?** Bezüglich der vor einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über eine von Frankreich an der marokkanischen Küste geplante Flottenkundgebung meldet 'Petit Parisien' auf Grund zuverlässiger Mitteilung: Man sieht in amtlichen Kreisen keine unmittelbar bevorstehende Kundgebung voraus, aber man will für alle Möglichkeiten bereit sein. Falls schlimmere Vorkommnisse in Tanger eintreten und die Europäer in anderen Städten bedroht werden sollten, dann würde nur ein Befehl genügen, um die französischen sowie die anderen Staatsangehörigen unverzüglich zu unterstützen. Man müsse für Januar-Februar, d. h. für einen Zeitpunkt, wo das französisch-spanische Mandat zur Ausübung gelangen dürfte, ernste Befürchtungen hegen. Die französische Regierung habe übrigens die Möglichkeit einer Abwendung von weiteren Kriegsschiffen schon im vergangenen Monat vorausgesehen, als Admiral Campion nach Tanger geschickt wurde.

Japan.

Der Stapellauf des 'Satsuma.'

Tokioer Blätter berichten: In Yokohama waren bezüglich des Stapellaufs des Schlachtschiffs 'Satsuma' in Yokosuko von Ausländern Wetten abgeschlossen worden im Gesamtbetrage von mehr als 100 000 Pfd. Sterling. Es wurde 7 gegen 3 gewettet, daß der Stapellauf mißlingen würde. Einige Arbeiter wurden bestochen, auf dem Helling Hindernisse anzubringen, um es unmöglich zu machen, daß das Schiff ins Wasser gleite. Die Behörden hatten jedoch besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen; das Komplott wurde einen Tag vor dem Stapellauf entdeckt und ein Arbeiter unter der Anschuldigung, an dem Komplott beteiligt zu sein, verhaftet.

Amtliche Nachrichten.

△ **Aus der 'Berl. Corr.'** Dem Landrat v. Schlechtendal in Schleiden ist die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Mülheim a. Rh. und dem Regierungsassessor Dr. Kreuzberg in Oppeln die kommissarische Verwaltung des Landratsamtes im Kreise Schleiden übertragen worden. Der Regierungsassessor Dr. Knuth in Siegburg ist der Königlichen Regierung in Posen zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden. Der Justizrat Friedrich Sayn in Neuwied ist als unbesoldeter Beigeordneter der Stadt Neuwied auf fernere sechs Jahre bestätigt worden. Der Wasserbauinspektor Innecken ist von Meschede nach Nieder-Marsberg (im Geschäftsbereich der Weserstrombau-Verwaltung) versetzt worden. Zu Regierungsbaumeistern sind ernannt: die Regierungsbauführer Maximilian Ahlemeyer aus Paderborn und Rudolf Borchers aus Köln (Hochbaufach). Dem Regierungsbaumeister des Hochbaufaches Walter Bigener in Rheine ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt worden. Versetzt sind: die Eisenbahnbau- und Betriebsinspektoren Richard, bisher in Altena i. W., als Vorstand der Eisenbahnbetriebsinspektion 1 nach Stettin und Schürg, bisher in Rheydt, als Vorstand (auftrw.) der Eisenbahnbetriebsinspektion nach Altena i. W. Der Regierungsbauführer des Maschinenbaufaches Friedr. Otto aus Düsseldorf ist zum Regierungsbaumeister ernannt. Die Regierungsbaumeister des Eisenbahnbaufaches Reichert und Francke sind der Königlichen Eisenbahndirektion in Essen (Ruhr) zur Beschäftigung überwiesen. Dem Regierungsbaumeister des Maschinenbaufaches Ewald Weeß in Essen (Ruhr) ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienste erteilt.

* **Aus dem 'Reichsanzeiger'.** Verliehen wurde dem Rektor a. D. Karl Schlösser zu Remscheid der Königliche Kronenorden vierter Klasse. — Ernannt wurde: Gerichtsassessor Dr. Oßermann in Iserlohn zum Amtsrichter in Steinfurt, Gerichtsassessor Ellering in Coesfeld zum Amtsrichter in Hagen, Gerichtsassessor Schneider in Herborn zum Amtsrichter daselbst, Gerichtsassessor Dr. Stadtländer in Bielefeld zum Staatsanwalt in Frankfurt a. M. und Gerichtsassessor Beisler in Hannover zum Staatsanwalt in Elberfeld; dem Rechtsanwalt Justizrat Reiners in Aachen und dem Rechtsanwalt u. Notar, Justizrat Dr. Michels in Duisburg wurde der Charakter als Geheimer Justizrat verliehen. — Am Schullehrerseminar in Herford ist der Rektor Baginski aus Johannisburg i. Ostpr. als Seminaroberlehrer angestellt worden.

Städtisches.

(Nachdruck der mit Originalzeichen versehenen Berichte nur mit deutlicher Quellenangabe 'Westf. Merk.' gestattet.)

Münster, 17. November.

⊙ **Personalveränderungen der Kaiserlichen Oberpostdirektion.** Der Postsekretär Höping ist von Münster nach Gladbeck versetzt worden. — Der Postverwalter Güttler in Handorf ist als Postassistent etatsmäßig angestellt worden. — Der Telegraphenassistent Williger in Münster tritt in den Ruhestand.

§ **2. Konzert des Musikvereins.** Das gestrige Konzert des Musikvereins brachte durchweg Werke alter Meister und zwar in einer allgemein befriedigenden Form. Herr Musikdirektor Seipt aus Hamm, der wiederum das Konzert leitete, beweist bei den einzelnen Darbietungen immer mehr, daß seine Hauptstärke darin liegt, das Orchester als begleitenden Instrumentalkörper zu meistern. Wir hatten das schon bei dem vorigen Konzerte lobend anerkannt und sind in unserer Auffassung durch den gestrigen Abend nur bestärkt. Als Solistin war Frau Marguerite Caponsacchi-Zeisler aus Paris gewonnen. Im Allgemeinen stehen wir der Heranziehung solistischer Kräfte aus dem Auslande etwas skeptisch gegenüber, aber gestern wurden unsere Erwartungen weit übertroffen. Man wird nicht viele Damen finden, die sich das Violoncello als Soloinstrument wählen, um so größer ist aber der Reiz, eine Virtuosin dieses Instruments zu hören. Nachdem der von Gustav Falk schon im Liede gefeierte Meister des Cellos Mengel wiederholt hier konzertierte, durfte man mit Recht auf die Leistungen der Frau Zeisler gespannt sein. Und fürwahr! sie steht Mengel durchaus nicht nach. Ihrem wohltönenden Instrumente weiß sie Töne zu entlocken, so rein und weich, wie man es selten beim Cello findet. Ihre technischen Fertigkeiten sind außerordentlich gut entwickelt, der Trillerschlag geradezu vorzüglich und dabei durchzieht ihr Spiel neben rhythmischer Sicherheit der Adel vollständig durchgeistigten Spiels. Das bekannte Haydn'sche Konzert in D-dur gab ihr recht Gelegenheit, ihre hohe Kunst zu entfalten; das melodiöse (zum Mitsummen wohl unwillkürlich anregende) Allegro glitt so munter dahin, daß man seine rechte Freude an dieser munteren Tonschöpfung haben konnte. Dem stimmungsvollen Adagio gesellte sich das Allegro würdig bei. Später spielte Frau Zeisler noch eine Sonate von Locatelli, dem um die Mitte des 18. Jahrhunderts schaffenden italienischen Meister, dessen Werke besonders an der Pariser Hochschule für Musik gepflegt werden. Hier war es das Adagio, dessen langgezogene volle Töne die Klangschönheiten des Cellos besonders hervortreten ließen, während die beiden Schlußsätze reiches Figurenwerk enthalten, dessen Feinheiten die Solistin des Abends voll erschöpfte. Natürlich war des Beifalls fast kein Ende, was mit einer ebenso innigen als wirkungsvollen Zugabe seitens der Künstlerin vergolten wurde. Herr Musikdirektor Seipt begleitete am klangschönen Knake'schen Flügel beide Kompositionen recht geschmackvoll und sicher.

Den solistischen Darbietungen gegenüber mußten die anderen zur Aufführung gebrachten Werke etwas in den Hintergrund treten. Die am Anfang gespielte Ouvertüre zur Oper 'Der Wasserträger' von Cherubini nahm Herr Musikdirektor Seipt etwas sehr breit, wodurch die an moderne Kompositionen erinnernde reiche Instrumentation kräftig unterstrichen wurde, aber darunter litt die poetische Wärme, die sonst dem effektvollen Werke innewohnt. Bei der Bach'schen Ouvertüre war die Temponahme unseres Erachtens doch etwas zu schnell, so sehr wir auch sonst ein frisches Tempo bei Bach'schen Kompositionen für erforderlich halten; doch konnte man die reiche thematische Gliederung noch wohl verfolgen. Die Trompeten erfüllten ihre Aufgabe trotz der zu bewältigenden hohen Lage recht wacker. Zum Schluß des Konzerts kam nach langer Pause einmal wieder der so viel vernachlässigte Mozart zu Wort mit seiner D-dur Symphonie; aber auch hier blieb die Mozart'sche Natürlichkeit nicht streng gewahrt, denn es ging in den Mittelsätzen etwas zu eilig, zumal bei dem so innigster Empfindung vollen Adagio. Dagegen machte sich im Allegro wie im Finale die flinke Durchführung der reichen echt Mozart'schen Formen wohltuend bemerkbar.

⊙ **Bonifatius-Sammelverein Ludgeri.** Am Montag, den 19. November, abends 7½ Uhr, veranstaltet der Bonifatius-Sammelverein 'Sammelstelle Ludgeri', in den oberen Sälen des 'Centralhofes' eine musikalisch-theatralische Abendunterhaltung für seine Mitglieder. Auch Freunde und Gönner des Vereins sind herzlichst willkommen.

F. **Versammlung.** In einer gestern abend im 'Dortmunder' stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Handlungsgehilfen, die vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband einberufen worden war, sprach Herr Wolfmann aus Hamburg über das Thema: 'Ein Vermächtnis Kaiser Wilhelms I. für die deutschen Handlungsgehilfen.' Anknüpfend an die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, durch welche die soziale Fürsorge dem Staatskörper empfohlen wird und der endgültige Bruch mit der Manchesterschule sich vollzog, behandelte der Vortragende in packender Weise die Wirkungen dieser Fürsorgegesetze (Sonntagsruhe, Ladenschluß, Krankenversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung, Kaufmannsgerichte rc.) auf den Handlungsgehilfenstand und betonte dabei, daß noch lange nicht genug geschehen sei. Dringend empfahl er die Schaffung von Arbeitskammern für den Handelsstand, in denen Prinzipale und Gehilfen Stimmrecht haben müssen. Auch erkannte er als Notwendigkeit im Gegensatze zu den Gewerbeinspektoren die Einführung von Handelsinspektoren an, nicht damit dieselben strafend einschreiten sollen, sondern vorbeugend. In allen diesen Fragen ist der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband stets energisch vorgegangen, was auch die Gegner zugeben müssen. Zum Schlusse kritisierte dann der Redner noch die angebliche Rückständigkeit der alten Handlungsgehilfen-Verbände, ein Verfahren, das mit Vorliebe von seinem Verbande angewandt wird, aber jedenfalls, wenn es sich um Vertretung gemeinsamer Interessen handelt, nicht gebilligt werden kann. An eine kurze Diskussion schloß sich die Verlesung einer Eingabe im Sinne der Ausführungen des Referenten an, die einstimmig angenommen wurde und den zuständigen Stellen unterbreitet werden soll.

+⊙ **Familien-Abende für die Herz Jesu-Gemeinde.** Da die im vorigen Jahre veranstalteten derartigen Abende einen so großen Anklang und allseitige Beteiligung gefunden haben, so hat das zu diesem Zwecke gebildete Komitee auch jetzt wieder die Eingesessenen der Herz Jesu-Pfarre zu einem solchen Familien-Abend, der am morgigen Sonntag abend 7½ Uhr im großen Saale des Arbeiterhauses stattfinden soll, eingeladen. Zu dieser Veranstaltung hat der 'Pfarr-Cäcilien-Verein Herz-Jesu' seine Mitwirkung bereitwilligst zugesagt und wird derselbe mehrere Männerchöre zum Vortrag bringen. Musikvorträge, gemeinschaftliche Lieder, sowie gesangliche und theatralische Aufführungen werden ferner für das Amüsement des Abends sorgen. Auch wird wieder der bekannte Humorist Herr Pelch-Mario das Seinige durch humoristische Vorträge zum Gelingen des Ganzen beitragen. Eine Wiederholung des gleichen reichhaltigen Programms findet am Donnerstag, den 22. November, in dem oben genannten Lokale statt. Karten — à Person 25 Pfennig — sind bei den Mitgliedern des Kirchenchors, sowie in den durch Aushang der bezl. Plakate kenntlich gemachten Geschäften zu haben. — Bemerkt sei noch, daß schulpflichtige Kinder nur in Begleitung ihrer Eltern Zutritt haben.

□ **Vom Volksbureau und Arbeitsnachweise.** Nachdem Herr Religions- und Oberlehrer Groll, der länger als 10 Jahre dem segensreich wirkenden hiesigen Volksbureau, mit dem ein ausgedehnter Arbeitsnachweis verbunden ist, vorgestanden hatte, sich wegen Kränklichkeit genötigt sah, sein Amt niederzulegen, hat der Vorstand den hochw. Msgr. Domkapitular Schwarz zum 1. Vorsitzenden gewählt. Am Freitag abend fand die Einführung des neuen Leiters der beiden Institute statt. Es steht zu hoffen, daß Volksbureau und Arbeitsnachweis auch im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens wie bisher den Interessentenkreisen, für welche sie begründet wurden, reichlichen Nutzen bringen, wenn nur immer wieder auf die Bedeutung der Anstalten von berufener Seite hingewiesen wird.

*. **Oeffentlicher Wetternachrichtendienst.** Am 15. November ist, wie bereits früher mitgeteilt, der telegraphische Wettervorhersagedienst im norddeutschen Wetterdienstgebiet geschlossen worden. Jedoch werden die Wetterdienststellen auch während des Winters Wettervorhersagen fortlaufend aufstellen, auf welche abonniert werden kann. Vorhersagen können auch telegraphisch gegen Erstattung folgender Beförderungs- und Zustellungsgebühren bezogen werden: a. bei Uebermittlung durch Fernsprecher an Teilnehmer der Ortsfernsprechnetze oder an Inhaber von Nebentelegraphen sowie bei Zustellung im Ortsbestellbezirk gelegentlich der regelmäßigen Bestellgänge: monatlich 2 Mark, vierteljährlich 4,50 Mark, halbjährlich 8 Mark; b. bei Zustellung durch den Landbriefträger im Landbestellbezirk: monatlich 3 Mark, vierteljährlich 6,75 Mark, halbjährlich 12 Mark; c. bei Zustellung durch Eilboten im Ortsbestellbezirk: monatlich 4 Mark, vierteljährlich 9 Mark, halbjährlich 16 Mark; d. bei Zustellung durch Eilboten im Landbestellbezirk: zu den unter a aufgeführten Gebühren unter Hinzurechnung der wirklich erwachsenen Botenkosten. Die Preise für den Bezug ausführlicherer Vorhersagen für bestimmte Zwecke (ohne Benutzung des Schlüssels telegraphisch oder telephonisch mitzuteilen) sind seitens der Interessenten mit der zuständigen Wetterdienststelle zu vereinbaren.

*. **Einziehen alter Fünfzigpfennigstücke.** Nachdem ein angemessener Betrag von Fünfzigpfennigstücken mit dem neuen Gepräge (½ Markstücke) hergestellt und dem Verkehr zugeführt worden ist, sollen die in den bisherigen Formen geprägten Stücke eingezogen werden. Im Interesse einer beschleunigten und vollständigen Einziehung der alten Fünfzigpfennigstücke ist ihre alsbaldige Ablieferung an die öffentlichen Kassen erwünscht. Die letzteren sind angewiesen worden, die fraglichen Münzen nicht nur in Zahlung, sondern auch zur Umwechslung von jedermann anzunehmen und dabei etwaigen Wünschen nach Umtausch gegen andere Münzen tunlichst zu entsprechen.

* **Schonzeit.** Mit dem morgigen Tage beginnt für den ganzen Umfang des Regierungsbezirks Münster und Arnsberg die Schonzeit für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner.

Provinzielle Nachrichten.

□ **Burgsteinfurt,** 17. Nov. Gestern abend entgleisten bei der Einfahrt in ein totes Geleise die Lokomotive, ein Packwagen und zwei Viehwagen und stürzten in den Graben. Der Zugführer zog sich Beinverletzungen zu.

⊕ **Ladbergen,** 16. Nov. Zwei Strolche, die den Knecht Hermann Otto aus Greven auf der Chaussee von Münster nach Greven überfallen und demselben einen Geldbetrag von 25 Mk. und eine Taschenuhr geraubt hatten, wurden von dem hiesigen Polizeibeamten in der Bauerschaft Wester verhaftet. Die Verhafteten bestritten zuerst jede Tat, wurden aber von dem inzwischen eingetroffenen Ueberfallenen überführt und in das Gerichtsgefängnis in der Kreisstadt Tecklenburg transportiert.

△ **Ibbenbüren,** 16. Nov. Wieder wurde heute der hiesigen Polizeibehörde ein falsches Geldstück übergeben, das von einer öffentlichen Kasse vereinnahmt war. Das betr. Stück wurde erst beim Tagesabschluß als falsch festgestellt, da es den echten Stücken täuschend ähnlich ist, sowohl im Klang, wie auch in der Schwere. Die Prägung ist allerdings schlecht. Es handelt sich im vorliegenden Falle auch um ein Zweimarkstück, welches das Bildnis des Königs Ludwig II. von Bayern und die Jahreszahl 1876 sowie das Münzzeichen D trägt.

⊙ **Mettingen,** 16. Nov. Die Konzession zum Betriebe der hiesigen Apotheke wurde dem Herrn M. Reisländer erteilt. Der bisherige Besitzer d. Apotheke, Herr Hünnemeyer, siedelt zum 1. Januar nächsten Jahres nach Münster i. W. über, woselbst er eine Apotheke erworben hat.

\+ **Hamm,** 17. Nov. Oeffentliche Untersuchungsämter in Westfalen. In Verfolg einer Verfügung der beteiligten Minister, welche zur Herbeiführung einer wirksamen Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln, sowie mit Gebrauchsgegenständen auf die Notwendigkeit einer bestimmten Organisation der Nahrungsmittelkontrolle hinweist, wurde als grundsätzliche Forderung aufgestellt, daß die Kontrolle tunlichst anerkannten Untersuchungsämtern übertragen werde. Der Oberpräsident von Westfalen hat dann für den Regierungsbezirk Arnsberg vier Anstalten, und zwar in Hagen, Dortmund, Gelsenkirchen und Bochum in Aussicht genommen. Auf Vorstellungen des 1. Bürgermeisters in Hamm ist dann noch ein 5. Amt in Hamm in Aussicht genommen, und zwar für die Kreise Hamm Stadt, Hamm Land, Soest und Lippstadt. Das in Hamm bestehende private Untersuchungsamt wird zu diesem Zweck aufgekauft und in ein öffentliches umgewandelt, der bisherige Leiter als Beamter fest angestellt. Es kommen für den neuen Bezirk 1512 Proben à 6 Mk. alljährlich in Frage, wodurch die Rentabilität gesichert ist.

* **Paderborn,** 16. Nov. Die hiesige Bischöfl. philos.-theologische Fakultät zählt nach dem soeben ausgegebenen Verzeichnis im laufenden Semester 219 Studierende, darunter 46 Alumnen des Priesterseminars. An auswärtigen Hochschulen studieren außerdem 18 Theologen der Diözese, davon 4 in Münster. Im vorigen Semester besuchten die Fakultät 201 Studierende, auswärts studierten 48. Mit dem nächsten Semester wird der jetzige Dozent Gymnasialoberlehrer Dr. Franz Tenckhoff als Professor für Kirchengeschichte in die Fakultät eintreten.

✠ **Unna,** 16. Nov. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat die Königl. Regierung den Bau eines evangelischen Lehrerseminars hierselbst definitiv genehmigt. Mit der Bauausführung soll noch im nächsten Jahre begonnen werden. Seitens der Stadt wird auch die Errichtung einer Präparandenanstalt angestrebt.

* **Langendreer,** 16. Nov. Der Direktor der Realschule, Professor Dr. Schneider, ist zum Direktor der Realschule in Dortmund gewählt worden. An seine Stelle wurde der Oberlehrer Dr. Wenzel vom Gymnasium in Höxter gewählt.

⊕ **Elsten b. Cappeln,** 16. Nov. Vor 17 Jahren vereinigten sich die beiden Bauerschaften Elsten und Warnstedt zum Bau einer Kapelle. Diese war ein äußerst dringendes Bedürfnis, da die Orte von ihren Pfarrkirchen Cappeln und Cloppenburg über eine Stunde entfernt waren. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, ehe das Werk vollendet war. Allein bald erwies sich die Kapelle als zu klein. Von edler Hand sind der Kapelle 30 000 Mark vermacht, wodurch es ermöglicht wird, einen Kreuz- und Chorausbau für die Kapelle herzustellen.

* **Herne,** 16. Nov. Aus dem Personenzug, der 5.53 die Station Dortmund verläßt, fiel ein vierjähriges Kind zwischen Herne und Wanne. Die Mutter zog sofort die Notbremse, worauf der Zugführer den Zug zum Stehen brachte. Man fand das Kind unverletzt im Kies liegend vor und gab es der Mutter zurück.

* **Essen** (Ruhr), 16. Nov. Das Schwurgericht hat den Bergmann Paul Cupok aus Buer, der im Streit den Arbeiter Poerlik durch Fußtritte zu Tode mißhandelt hatte, zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

r. **Rindern b. Cleve,** 16. Nov. Gestern mittag starb nach längerem Leiden Herr Pfarrer Johann van Bebber. Er war geboren zu Wissel am 21. Juli 1836 und wurde am 11. Febr. 1862 zum Priester geweiht. Seine erste Stelle war in Calcar, wo er zur Aushülfe in der Seelsorge und zum Konrektor an der höheren Bürgerschule berufen wurde. Letztere Stelle mußte er leider infolge des Kulturkampfes aufgeben. Im Jahre 1888 wurde der Verstorbene zum Pfarrer hierselbst ernannt, nachdem er schon einige Jahre als erster Seelsorger hier fungiert hatte. R. i. p.!

* **Krefeld,** 16. Nov. Die Stadtverordneten beschlossen heute, diejenigen Nachbarorte, die mit der Stadt keine Bahnverbindung haben, durch Automobil-Omnibusverkehr zu verbinden. Die Stadtverordneten bewilligten für einstweilige Beschaffung von drei Wagen für zwei Linien 65 000 Mk. Zunächst soll die Verbindung zwischen dem Hafen und Krefeld-Linn ins Auge gefaßt werden.

* **Barmen,** 16. Nov. Infolge eines falschen Signals ist gestern abend ein Personenzug in Rittershausen mit einem im toten Geleise stehenden Zuge zusammengestoßen. Die beiden letzten Wagen dieses Zuges wurden schwer beschädigt; einige Fahrgäste des anderen Zuges erlitten leichte Quetschungen.

§ **Düsseldorf,** 16. Nov. Der Platzarbeiter L. aus Wersten hat einen Unfall erlitten, als er im Auftrag seines Arbeitgebers ein schweres Faß auf einem Handwagen vom Bahnhof Reisholz nach der Fabrik schaffen wollte. Auf dem einzigen Zufahrtswege, der im Eigentum der Aktiengesellschaft Industrieterrains in Düsseldorf steht, mußte der Arbeiter ein von dieser Gesellschaft zur Kiesförderung angelegtes Feldbahngeleise überschreiten. An dieser Stelle schlug die Karre um, und das herabrollende Faß brachte dem L. schwere Verletzungen bei. Dieser hat deswegen die genannte Gesellschaft verklagt, zunächst auf Grund des Haftpflichtgesetzes, weil der Unfall sich beim Betriebe der Feldbahn ereignet habe, weiter auch auf Grund des B. G.-B., weil die Gesellschaft Schuld an dem Unfalle trage. Der Raum zwischen den Geleisen sei nämlich nicht genügend ausgefüllt gewesen, so daß eine Vertiefung entstanden sei. Für diesen mangelhaften Zustand der Straße habe die Beklagte als Eigentümerin aufzukommen. — Das Düsseldorfer Landgericht hat die Beklagte dem Grunde nach rechtskräftig verurteilt. Es könne, so wird in den Urteilsgründen ausgeführt, dahingestellt bleiben, ob der Kläger sich mit Recht auf die Vorschriften des Haftpflichtgesetzes berufe, denn die Klage sei auf jeden Fall auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches begründet. Der Tatbestand des § 823 B. G.-B. sei gegeben, denn durch die Beweisaufnahme sei festgestellt, daß zwischen dem Unfalle des Klägers und der schlechten Beschaffenheit des Weges ein ursächlicher Zusammenhang bestehe. Nach den Zeugenaussagen sei nach dem Verlegen des Feldbahngeleises über die Straße das Pflaster zwischen den Schienen nicht wieder ordnungsmäßig hergestellt worden, auch seien die Schienen nicht in das Pflaster versenkt worden. Alsbald nach dem Unfall sei der Zustand der Straße verbessert worden, ein Beweis dafür, daß auch die Angestellten der Beklagten den Zustand als ordnungswidrig ansahen. Allerdings hätte der Arbeitgeber des Klägers diesem zum Fortschaffen so schwerer Fässer einen besseren Wagen zur Verfügung stellen müssen (§ 618 B. G.-B.), und auf diese Pflichtvernachlässigung sei der Unfall mit zurückzuführen. Doch werde durch diesen Umstand der Zusammenhang zwischen dem Unfalle und der schlechten Beschaffenheit der Straße nicht beseitigt, da es sich dabei nicht um ein neues, selbständig wirkendes Ereignis handelte, vielmehr bei ordnungsmäßigem Zustande der Straße der Unfall trotz schlechter Beschaffenheit der Karre nicht eingetreten wäre. Die Gemeinde habe nur für die Sicherheit der Wege zu sorgen, die von der Behörde als öffentliche übernommen worden seien; dies sei vorliegend nicht behauptet. Abgesehen davon sei aber der Eigentümer eines Weges, dessen Benutzung er jedem gestatte, ebenso verpflichtet zur Instandhaltung, wie sie bei öffentlichen Wegen vorgeschrieben sei. — Die hiesige Handelskammer nahm nach einem ausführlichen Vortrage des Kammersekretärs Dr. Brandt entschieden Stellung gegen die geplante Mühlenumsatzsteuer, die eine Syndikatsbildung der Großmühlen fördern müßte und eine Brotverteuerung höchst wahrscheinlich mache.

* **Trier,** 16. Nov. Durch das Ausströmen giftiger Gase sind auf dem Hüttenwerk Dillingen fünf Arbeiter betäubt worden. Bei dreien hatten die Wiederbelebungsversuche Erfolg.

* **Malstatt-Burbach,** 16. Nov. Im benachbarten Gersweiler wurde ein elfjähriger Knabe im Walde beim Hinterschneiden von einem unbekannten Wilderer erschossen.

* **Hannover,** 16. Nov. Hier hat sich der Postschaffner [illegible] Scheele von einem Güterzuge überfahren lassen; er war sofort tot. Seit einiger Zeit stand er im Verdacht, geschäftliche und eingeschriebene Briefe, Pakete usw. beraubt und unterschlagen zu haben. Infolge seines Tuns waren andere Beamte und Unterbeamte in Verdacht geraten; einer von den letzteren, der Postschaffner H., hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Scheele unausgesetzt zu beobachten. Als er genügende Beweise von dessen Schuld gesammelt und zur Kenntnis seiner Behörde gebracht hatte, entzog sich Sch. der ihm bevorstehenden Verhaftung durch Selbstmord.

⊕ **Oldenburg,** 15. Nov. Unter dem Vorsitze des hochw. Herrn Generalpräses Schmitt tagte hier die 2. Generalversammlung des St. Nikolaus-Schifferverbandes für die Flußgebiete der Ems, Weser und Elbe. Aus allen Hafenstädten der Weser und allen in Betracht kommenden Schifferorten waren Delegierte, Geistliche und Laien, im ganzen 45 Personen erschienen. Auch der Reichstagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat Burlage-Oldenburg nahm an der Versammlung teil, ebenso als Vertreter des Rheinischen St. Nikolaus-Schifferverbandes Herr Pfarrer Krumpen-Ruhrort. Zunächst referierte Herr Bezirkspräses Pastor Lueri-Bremerhaven über das Thema: 'Können und sollen St. Raphaels- und St. Nikolaus-Schiffervereine zusammenarbeiten?' Unter Hinweis auf die ähnlichen Ziele beider Vereine beantwortete er die Frage mit einem entschiedenen 'Ja'. Große Freude erregte die Mitteilung, daß bereits im Frühjahr in Bremerhaven das erste katholische Seemannsheim eröffnet werden könnte. Das zweite Referat, Referent Herr Bezirkspräses Vikar Benz-Weserhauderfehn, beschäftigte sich mit den Maßnahmen, die der Verband in nächster Zeit treffen wird. Die dann folgende Diskussion ergab manche neue Gesichtspunkte, und es steht zu hoffen, daß auf einer bald wieder zu berufenden Generalversammlung definitive Schritte unternommen werden können.

* **Oldenburg,** 15. Nov. In der heutigen ersten Landtagssitzung wurde die Einziehung eines Spezialprojekts des 1908 auszuführenden Ausbaues der Eisenbahnbrücke über die Hunte zwischen Berne und Elsfleth beschlossen, ferner die Erhöhung der Gendarmerie für das Herzogtum und das Fürstentum Lübeck von 88 auf 94 Köpfe und eine Regulierung der Bezüge, ferner die Aufhebung der 1897 eingeführten lästigen Wildlegitimationskontrolle. Weiter bewilligte der Landtag 2 120 900 M. für neue Lokomotiven und Eisenbahnwagen und 1 600 000 M. für den Versuch einer Verstärkung des Oberbaues der Eisenbahnstrecken Oldenburg-Wilhelmshaven und Hude-Nordenham. In das Verwaltungsgericht wählte der Landtag zwei Mitglieder, und zwar die Abgg. Tanzen und Müller. Zeit und Gegenstand der nächsten Sitzung unbekannt. — Die Regierung beantragt, den Flecken Lohne unweit der Osnabrückischen Grenze mit 2000 Einwohnern seiner industriellen Interessen wegen, die sich von den seiner ländlichen Umgebung wesentlich unterscheiden, zu einer Stadt zweiter Klasse zu erheben.

Vermischtes.

Fulda, 15. Nov. Herr Reichstagsabg. Richard Müller hat das von ihm gegründete St. Josephshaus, welches ledigen auswärtigen Fabrikarbeiterinnen Kost und Unterkunft gewährt, dem bischöflichen Stuhl von Fulda geschenkt.

Neumünster, 16. Nov. In seiner Dienstwohnung im Kasernement erschoß sich der Leutnant v. Malinowski von der 1. Kompagnie des 163. Inf.-Regts. Er war ein tüchtiger und beliebter Offizier. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Gera, 16. Nov. Der 'Geraer Zeitung' zufolge wurden bei den gestrigen Gemeinderatswahlen zwölf bürgerliche Kandidaten und ein Sozialdemokrat gewählt.

Offenbach, 16. Nov. Die Stadtverordneten haben für die Erbauung einer elektrischen Bahn nach Bürgel 300 000 Mk. bewilligt. — Die Nachricht von einem Fehlbetrag in der Sparkasse in Mülheim hat sich als irrig herausgestellt.

Bordeaux, 17. Nov. Der Geschäftsreisende Gallichon ist seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Polizei vermutet, daß er im Schlafe überfallen und ausgeraubt und dann auf das Geleise geworfen wurde.

Christiania, 16. Nov. Der König hat dem König von England den Rang eines Generals der norwegischen Armee verliehen.

Konstantine (Algerien), 16. Nov. Die beim Einsturz eines Stollens in dem Bleibergwerk bei Djebil-Felfen verschütteten Arbeiter (vergl. Nr. 576) sind alle gerettet worden.

⊙ **Was an gewissen „Familienblättern" verdient wird,** zeigte kürzlich Professor Dr. Koch, der erste deutsche Hochschuldozent für Journalistik an der Universität Heidelberg. Er hat in einem Gutachten als Sachverständiger in einer Gerichtsverhandlung in Ludwigshafen den jährlichen Verdienst des Herausgebers des Blattes 'Nach Feierabend' auf 1—2 Millionen Mark berechnet. Professor Koch schloß sich der in einer pfälzischen Zeitung erfolgten scharfen Kritik über die Reklamen mit der zweifelhaften Abonnentenversicherung des Blattes 'Nach Feierabend' durchaus an, den Inhalt dieses Familienblattes kennzeichnete er als auf einem sehr tiefen Niveau stehend. Wenn das Blatt für Kreise berechnet ist, die ihre Existenz in täglicher harter Arbeit aufrecht erhalten, müßte es sich um so mehr der Verantwortung der Presse bewußt sein, daß der Erwerbssinn in ihr nicht überwuchert werde durch schädliche Auswüchse.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. Nov. (Telegramm.) **Reichstag.** Am Bundesratstisch zu Beginn der Sitzung niemand.

Das Haus ist gut besetzt.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung 11.20 Uhr.

Das Haus erledigt die Wahlprüfungen weiter. Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Kern (kons.), vierter Liegnitzer Wahlkreis, dessen Wahl die Wahlprüfungskommission für gültig erklärt, weist

Abg. Kopsch (frs. Volksp.) darauf hin, daß nach dem Wahlprotest, dessen Angaben sich als richtig erwiesen, auch bei dieser Wahl amtliche Wahlbeeinflussung in umfangreichem Maße vorgekommen sei. Derartige Wahlen müßten unter allen Umständen kassiert werden. Das verlange einfach die Moral. Redner beantragt Zurückverweisung an die Wahlprüfungskommission.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Z.) spricht sich für die sofortige Gültigkeitserklärung aus.

Abg. Müller-Sagan (freis. Vp.) beantragt Ungültigkeitserklärung der Wahl und namentliche Abstimmung darüber.

Abg. Schickert (kons.) erklärt sich bereit, der Zurückverweisung an die Kommission zuzustimmen.

Abg. Gothein (freis. Vgg.) wirft der Rechten skandalöse Wahlagitation vor und bittet um Zurückverweisung an die Kommission.

Der Antrag auf Zurückverweisung wird angenommen.

Die Wahl Hoeffels (Reichspartei) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Gothein (freis. Vgg.) beantragt Zurückverweisung.

Abg. Blumenthal (freis. Vgg.) erklärt, daß der Bericht der Kommission viele Unrichtigkeiten enthalte. Die Kommission hält es auch nicht für Wahlbeeinflussung, wenn ein 'Deckoffizier' mit der Dienstmütze auf dem Kopf die Verteilung der Zettel vornahm. Aber welchen Einfluß die Uniform haben kann, hat man doch beim 'Hauptmann' von Köpenick gesehen.

Abg. Wellstein (Zentr.) rechtfertigt den Beschluß der Kommission.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß der Abg. Blumenthal namentliche Abstimmung über den Antrag Gothein auf Zurückverweisung beantrage. (Bewegung bei der schwach besetzten Rechten und im Zentrum.)

Abg. Blumenthal polemisiert gegen den Vorsitzenden der Wahlprüfungskommission, Wellstein, und erklärt, mit Rücksicht auf das Ergebnis der vorigen namentlichen Abstimmung ziehe er seinen diesbezüglichen Antrag zurück.

Abg. Singer (Soz.): Die gestrigen und heutigen Verhandlungen haben nach meiner Meinung den unzweideutigen Beweis erbracht, daß die Mehrheit der Wahlprüfungskommission heute nicht mehr nach den Rechtsgrundsätzen, sondern nur nach Parteirücksichten urteilt. (Glocke des Präsidenten. Vizepräsident Paasche: Ich kann nicht zulassen, daß Sie sagen: Die Kommission verfahre nur nach Parteirücksichten. Unruhe links. Beifall rechts und in der Mitte. Abg. Hoffmann ruft: Wahr ist es doch!) Singer fortfahrend: Dann erkläre ich, daß bei den letzten drei Wahlprüfungen nur nach Parteirücksichten entschieden wurde. Angesichts der Kassierung der Wahl meines Parteigenossen Buchwald kann das Verhalten der Kommission bei der Erledigung dieser Wahlprüfung vor den Regeln der Logik und des Verstandes nicht bestehen. (Sehr gut! links.) Als altes Mitglied der Kommission kann ich erklären, daß stets objektiv verfahren worden ist.

v. Oertzen (Reichsp.) bemerkt, Änderungen der Geschäfte der Wahlprüfungskommission halte auch ich für gut. Z. B. bin ich in meinem Wahlkreis als einziger meines Namens so bekannt, daß ein jeder weiß, ob ich nun von Oertzen oder Landrat von Oertzen unterschreibe. In letzterem Falle wird aber die Wahl kassiert. In dem Maße, wie die Linke dies tut, verwerfen wir die Tätigkeit der Kommission aber nicht.

Abg. Müller-Sagan (frs. Volksp.) führt aus, die Kommission hat 30 Jahre lang den Ruf der Objektivität sich zu wahren gewußt. Dieses Prestige ist in die Brüche gegangen. (Unruhe.) Der Vorsitzende der Kommission mag vielleicht ein guter Diplomat nach dem Muster des Fürsten Bülow sein, ein Meister an [illegible], mit einer Handschrift wie die des Rhinozeros. Aber das Prestige der Kommission vermochte er nicht aufrecht zu erhalten. (Unruhe.) Die Kommission urteilt nicht nach Recht und Gerechtigkeit, sondern sie geht in der schroffsten und brutalsten Weise vor.

(Große Unruhe.) Die Kommission prostituiert sich geradezu. (Große Unruhe; Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Paasche bemerkt, einen derartigen Ausdruck mit Beziehung auf eine Kommission des Hauses nicht dulden zu können.

Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.): Ihre Mitglieder kommen nicht nach ihrer Ueberzeugung, sondern dagegen. (Unruhe. Glocke des Präsidenten. Vizepräsident Paasche ruft den Redner deshalb zur Ordnung.)

Müller-Sagan: Wir sind daran interessiert, daß das Prestige der Objektivität gewahrt bleibt. (Beifall links.)

Abg. Gothein sagt: Wenn der Abgeordnete Beringer meint, wir hätten nur Behauptungen aufgestellt, aber keine Beweise erbracht, so ist er damit im Irrtum.

Abg. Fischer (Soz.) wiederholt seine Angriffe gegen die Wahlprüfungskommission.

Abg. Arendt (Rp.) Der Terrorismus der Sozialdemokratie bei den Wahlen geht weit über das an amtlicher Wahlbeeinflussung Geleistete hinaus.

Abg. Gröber (Z.) nimmt die Wahlprüfungskommission gegen die Vorwürfe nach Parteiinteresse und nicht nach Gerechtigkeit zu urteilen, in Schutz. Die Wahl Hoeffels wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten für gültig erklärt.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.

Tagesordnung: Interpellationen über die Fleischnot. Kleine Vorlagen. Rest der heutigen Tagesordnung.

Schluß 5 Uhr.

☐ **Berlin,** 17. Nov. **(Privat-Telegramm.)** Die Interpellation des Abgeordneten Speck (Z.) in Sachen des Geistegolfs kommt am Montag auf die Tagesordnung. Abg. Speck wird sie begründen. Die Interpellation wird von seiten der Regierung am Montag noch nicht beantwortet werden. Der Staatssekretär wird erklären, daß das in einigen Tagen geschehen werde, da das Material noch nicht zusammen sei. Die Interpellationen betr. die Fleischnot kommen zwar auch für Montag auf die Tagesordnung, werden aber acht Tage später beraten, weil bis dahin der neue preußische Landwirtschaftsminister ernannt sein wird.

Berlin, 17. Nov. **(Telegramm.)** Amtliche Meldung. Nach einem Telegramm des Obersten Deimling aus Keetmanshoop vom 11. November überfiel eine Hottentottenbande unter Führung Stürmanns (anscheinend des bei Beginn des Feldzuges vielgenannten Propheten) am 1. November bei Besetzung von Uchanaris. 3 Reiter wurden getötet, 2 verwundet. Oberleutnant Freiherr von Fürstenberg übernahm sogleich die Nachfolgung in der Richtung über den Wasserfall in den großen Karrasbergen, erreichte den Feind am 5. November und trieb ihn auseinander. 5 Mann stellten sich später dem Hauptmann Siebert und gaben ihre Gewehre ab. Eine zweite Hottentottenbande wurde am 28. Oktober bei Kalamas, nordwestlich Keetmanshoop von Hauptmann Dörschlag verfolgt und in den Schwarzbergen auseinandergetrieben. Eine dritte Bande unter Fielding, die sich zunächst in den Karrasbergen aufhielt und von dort Raubzüge und Viehdiebstähle unternahm, wurde am 21. Okt. von Leutnant Wolbers mit der 1. Kompagnie u. 1 Gebirgsgeschütz von dort in die Berge getrieben. Eine Abteilung dieser Bande raubte am 8. d. Mts. bei Wilsen Gheikas eine größere Anzahl Transporttiere. Leutnant Gerlich verfolgte die Räuber von Kuibis aus, stellte den Feind am 9. d. Mts. und nahm ihm das geraubte Vieh wieder ab. Der Feind floh in die Huisberge zurück.

Berlin, 17. Nov. **(Telegramm.)** Die 9. Strafkammer des Landgerichts Berlin I verurteilte den Redakteur des anarchistischen Blattes „Der freie Arbeiter", Rudolf Oestreich, wegen Aufreizung zur Gewalttätigkeit, Aufforderung zu strafbaren Handlungen, Gotteslästerung u. Beschimpfung der christlichen Religion zu 5 Monaten Gefängnis und 30 Mk. Geldstrafe.

Paris, 17. Nov. **(Telegramm.)** Die unabhängigen sozialistischen Deputierten, welche die sogenannte parlamentarisch sozialistische Gruppe bilden, gaben zu Ehren ihrer neuen Ministerkollegen Briand und Viviani ein Festessen, welchem auch der frühere Minister Millerand beiwohnte. Millerand hielt dabei eine Rede, in der er zunächst Briand zu dem Trennungsgesetz beglückwünschte, welches zwar kein wesentlich sozialistisches, aber ein hervorragend republikanisches und nationales Werk sei. Er hob sodann hervor, daß hier zum erstenmale eine sozialistische Gruppe den Eintritt zweier ihrer Mitglieder in ein Ministerium feiere, daß dabei so viel umstrittene Frage der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung nicht mehr entfacht werde. Sämtliche Mitglieder der parlamentarischen Gruppe würden ihren Ministerkameraden entschiedene Unterstützung gewähren. Im Anschluß an diese seine Rede trat Millerand, welcher bisher „Wilder" war, in aller Form der parlamentarischen sozialistischen Gruppe bei.

Petersburg, 17. Nov. **(Telegramm.)** Die Ausführungen des Fürsten Bülow im Reichstage über die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, schreibt heute die „Nowoje Wremja", finden in der öffentlichen Meinung Rußlands günstigen Widerhall. Man wird die auf Erhaltung und Festigung aufrichtiger freundschaftlicher Beziehungen mit Rußland gerichteten Wünsche des Reichskanzlers nach Gebühr schätzen und wahrscheinlich auch teilen. Die von dem Fürsten Bülow abgegebene Bestätigung, daß Deutschland an dem Prinzip festhalte, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands, insbesondere in die Polenfrage zu mischen, wird günstig auf die Parteipolemik einwirken, die in der letzten Zeit in der russischen Presse aufgetreten ist. Böse Zungen werden vielleicht in dem Wunsche Bülows, daß Rußland seine Einheit bewahre, eine Einmischung in fernliegende politische und andere Fragen erblicken. Uns scheint richtiger, schließt das Blatt, den allgemeinen Sinn der Rede im Auge zu behalten und den Schwerpunkt in einzelne Fragen zu verlegen, die sich oft erst auf der Rednertribüne formen und die in den Augen eines unparteiischen Politikers das allgemeine Bedeutung auf das politische Glaubensbekenntnis eines Staatsministers nicht beeinträchtigen.

Tanger, 16. Nov. Raisuli ist, nachdem seine Bestätigung als Pascha von Arzila nicht erfolgt ist, nach seinem Wohnort Zinat zurückgekehrt und hat in Arsila eine Besatzung von 25 Mann zurückgelassen.

Handels-Nachrichten.

Der Nachdruck aller mit einem * bezeichneten Artikel ist nur mit Quellenangabe gestattet.

*** Stiftsbrauerei Aktiengesellschaft zu Minden.** Dem Bericht über das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1905 bis 30. September 1906 entnehmen wir: Der Bierabsatz betrug im Betriebsjahre 35 892 hl, gegen 35 507 hl bezw. 24 780 hl in den beiden Vorjahren. Die in der vorjährigen Generalversammlung beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals um 200 000 M. ist durchgeführt. Der bei dieser Transaktion nach Abzug der Unkosten erzielte Agio-Gewinn ist mit 5000 M. dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt worden. Es wird beantragt, diesen Fonds ausserdem aus dem diesjährigen Reingewinn mit 10 000 M. zu dotieren, ebenso dem Pensions- und Unterstützungsfonds zur Abrundung auf 10 000 M. eine Zuweisung von 2125 M. ebenfalls aus dem diesjährigen Reingewinn zuzuführen. Der Reingewinn beträgt 101 920 M. nach Gesamt-Abschreibungen von 64 487 M. In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrat hält der Vorstand es für vorteilhaft, mit der Mindener Aktienbrauerei Feldschlösschen einen Fusions-Vertrag abzuschliessen, nach welchem die Aktionäre der Aktienbrauerei Feldschlösschen für je 1000 M. ihrer Aktien eine gleiche Aktie der Stiftsbrauerei erhalten, wogegen das Vermögen der Aktienbrauerei Feldschlösschen unter Ausschluss der Liquidation auf diese übergehen soll. Durch die gemeinschaftliche Verwaltung beider Brauereien werden sich die geschäftlichen Unkosten mit der Zeit beträchtlich ermässigen. Für den Fall der Genehmigung des Fusionsvertrages durch die beiderseitigen General-Versammlungen wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 400 000 M. beantragt. Zu der beantragten Aenderung der Firma bemerkt der Vorstand, dass die neue Firma Mindener Brauereien Aktiengesellschaft deshalb gewählt ist, weil sie sich den veränderten Verhältnissen am besten anpasst, indem später die Kundschaft bei der Brauereien je nach Verlangen das Bier entweder aus der Abteilung Stiftsbrauerei oder aus der Abteilung Feldschlösschen geliefert werden soll. Für das neue Geschäftsjahr wird ebenfalls ein befriedigendes Ergebnis erwartet. — Die Erhöhung des Grundkapitals von 1 000 000 M. auf 1 400 000 M. soll durch Ausgabe von 400 Stück neuer Inhaber-Aktien zu je 1000 M., dividendenberechtigt vom 1. Oktober 1906 ab, erfolgen, teils durch Ausführung des mit der Aktienbrauerei Feldschlösschen geschlossenen Verschmelzungs-Vertrages, teils zum Verkauf, beides unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre. — Die Verwendung des Reingewinns von 101 920 M. wird wie folgt beantragt: Zuweisung zum gesetzlichen Reservefonds 10 000 M., Zuweisung zum Pensions- und Unterstützungs-Fonds 2125 M., (zur Verfügung des Aufsichtsrats) 7 proz. Dividende auf 1 000 000 M. Aktien 70 000 M., Tantiemen für Vorstand und Aufsichtsrat 5700 M., Vortrag auf neue Rechnung 14 095 M. — Unter den Debitoren finden sich 103 274 M. Forderungen an die Kundschaft und 16 692 M. Bankguthaben. Kreditoren und Depositen betragen 206 854 M.

*** Gewerkschaft Helene und Amalie, Bergeborbeck.** Der am 30. November stattfindenden Gewerken-Versammlung wird der Jahresbericht für das Jahr 1905 vorgelegt werden. Er führt aus: Die lebhaftere Geschäftstätigkeit, die zum Schlusse des Jahres 1904 in den wichtigsten Gewerbezweigen zutage trat, blieb auf dem Kohlenmarkt die entsprechenden Rückwirkungen aus und liess hoffen, dass im Berichtsjahre die Absatzverhältnisse weitere Fortschritte machen würden. Diese Hoffnung wurde durch den Mitte Januar ausgebrochenen Bergarbeiterausstand empfindlich gestört. Die ausserordentliche Schädigung, welche durch diese Arbeiterbewegung sowohl dem gesamten Wirtschaftsleben, als auch uns zugefügt wurde, war um so grösser, als nach Beendigung des Streiks die erwartete stürmische Nachfrage nach Kohlen infolge der erheblichen Deckungskäufe aus fremden Kohlenrevieren, besonders aus England, nicht eintrat. Der direkte Verlust, welcher uns die beiden Streikmonate brachte, beträgt 122 295 M. und ausserdem der Gewinnausfall gegenüber normalen Verhältnissen. In den letzten drei Monaten des Berichtsjahres stieg die Nachfrage nach Kohlen und Koks infolge angestrengter Beschäftigung unserer Industrie derart, dass das Kohlensyndikat allen Zechen für ihre volle Produktion genügend Aufträge überschreiben konnte. Leider wurden die günstigen Absatzverhältnisse durch den Ende September einsetzenden Wagenmangel stark beeinflusst. Unsere Förderung erlitt durch den Streik und Wagenmangel erhebliche Einbusse, sie ging von 730 085 t in 1904 auf 670 370 t zurück, war also 59 715 t niedriger. Die Koksproduktion dagegen betrug 136 442 t gegen 133 774 t. V., also mehr 2668 t. Die Arbeitsleistung berechnete sich für sämtliche unter und über Tage beschäftigten Arbeiter pro Mann und Schicht zu 0,944 t gegen 0,940 t i. V. Der Durchschnittslohn der Arbeiter betrug 4,20 M. pro Schicht und ist gegen das Vorjahr um 5 Pfg. gestiegen. In der Grube wurden die Aus- und Vorrichtungsarbeiten der Förderung entsprechend betrieben. Der Förderschacht Helene wurde 37 m weiter abgeteuft und bei 579 m Schachttiefe mit Herstellung der Füllörter und Auffahrung von Querschlägen gegen Norden und Süden begonnen. Im Schacht Amalie wurde bei 678 m Schachttiefe eine neue Sohle angesetzt und gegen Norden 88 m Querschlag aufgefahren. Der neue Schacht Amalie II wurde bis 184 m Schachttiefe niedergebracht und in Mauerung gesetzt. Wie schon in der vorjährigen Gewerken-Versammlung mitgeteilt, ist zum weiteren Ausbau unserer Anlagen beschlossen worden, auf Schacht Helene in Altenessen anstelle der alten Oefen eine Kokerei mit Gewinnung der Nebenprodukte (Teer und Ammoniak) zu errichten und sind bereits 60 Oefen neuesten Systems im Bau begriffen. Die Inbetriebsetzung der Anlagen ist für den 1. Okt. 1906 vorgesehen. Der Durchschnittsverkaufspreis für sämtliche im Berichtsjahr zum Absatz gelangten Kohlen stellt sich nach Abzug der Beiträge zum Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat auf 9,48 M. für die Tonne gegen 9,43 M. i. J. 1904. Der Durchschnittserlös für Koks betrug 13,52 M. die Tonne gegen 13,06 M. i. V. Der niedrigere Verkaufspreis für Koks um 0,44 M. ist auf die höhere Umlage des Kohlensyndikats, die Berechnung der Durchschnittsverkaufspreise in Abgang gesetzt wird, zurückzuführen. Auf der Ziegelei unseres Schachtes Helene wurden im Berichtsjahre 4 923 448 Ziegelsteine aus Tonschiefer hergestellt, also im Tag 16 522 Stück. Zum Verkauf gelangten 2 747 925 Stück, während der Rest für eigene Bauzwecke Verwendung fand. Die öffentlichen Lasten und Abgaben, wie Staats- und Kommunalsteuern, Beiträge zur Handelskammer, Verein für die bergbaulichen Interessen, Bergschule und Berggewerkschaftskasse beliefen sich auf 295 474 M., die für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, wie die Werksbeiträge zur Knappschaftskasse, Alters- und Invalidenversicherung und Knappschafts-Berufsgenossenschaft auf 225 421 M., insgesamt auf 520 896 M. wozu noch 178 394 M. Beiträge der Arbeiter zu den verschiedenen Kassen kamen. Durch Abgabe von 8985 t Hausbrandkohlen an unsere Arbeiter zum ermässigten Preise von 6 M. die Tonne entging uns eine Einnahme von 31 266 M. Der Grundentschädigungsfonds stand am 1. Jan. 1905 zu Buch mit 100 000 M., ihm wurden im Berichtsjahre 728 M. zugeführt, zusammen 100 728 M. Entnommen wurden in 1905 58 874 M., sodass am 31. Dezember 1905 sich ein Bestand 41 854 M. ergab, welcher durch Zuführung von 58 146 M. von dem Gewinnkonto auf 100 000 M. erhöht wurde. Die Betriebsüberschüsse des Jahres 1905 betragen nach Abzug der Zinsen und der Amortisation der Anleihen 1 058 146 M., abzüglich verteilte Ausbeute 1 Mill. M., bleiben verfügbar 58 146 M., welche dem Grundentschädigungsfonds zugeführt wurden. Der Betriebsfonds steht unverändert mit 150 000 M. zu Buch. Der Erneuerungsfonds beträgt Ende 1905 426 256 M. Von unserer ersten Anleihe wurden planmässig 60 000 M., von der zweiten Anleihe 20 000 M. ausgelost; erstere besteht demnach noch mit 1 520 000 M., letztere mit 820 000 M. Von den am 27. Juni 1905 ausgelosten Stücken sind noch rückständig, also zi ehe seit dem 1. Januar 1906 aus der zweiten Anleihe vom 30. Juni 1898 die Nummern 182, 727 und 783.

*** Berliner Akt.-Ges. für Eisengiesserei und Maschinenfabrikation, Charlottenburg.** Laut Geschäftsbericht wurden in der Eisengiesserei 17 727 t im Werte von 2 575 362 M. (15 230 t bezw. 2 336 437 M. i. V.) abgesetzt. In der Maschinenfabrik wurden für 842 268 (558 086) M. Arbeiten ausgeführt. Der Bruttoertrag stellte sich auf 537 867 (511 877) M. und der Reingewinn auf 358 226 (319 099) M. Davon entfallen 14 (12) Proz. Dividende. Hinsichtlich der Terrains wird bemerkt, dass nunmehr auch die Huttenstrasse, soweit sie das Grundstück der Gesellschaft berührt, reguliert worden ist. Im laufenden Jahre kann die Beschäftigung als befriedigend bezeichnet werden.

*** Aktiengesellschaft Hochofenwerk Lübeck.** Wie der Geschäftsbericht für 1905/06 ausführt, war das erste Geschäftsjahr der Gesellschaft, das die Zeit von der am 7. Nov. 1905 erfolgten Gründung bis zum 30. Juni d. J. umfasst, lediglich ein Baujahr. Die Einzahlungen der ersten Raten des Aktienkapitals sind ordnungsmässig erfolgt. Die Bauarbeiten sind in vollem Umfange aufgenommen worden; die Vergebung des grössten Teils der Aufträge erfolgte in den ersten Monaten dieses Jahres, so dass die Gesellschaft in der Lage gewesen ist, sowohl in Bezug auf Preis als auch auf Lieferzeiten ihr genehme Bedingungen durchzusetzen. Die Verhandlungen mit dem Staat über den Erwerb von Fabrik- und Arbeiterkolonien-Grundstücken seien zu einem befriedigenden Abschluss gelangt. Die erworbenen Ländereien umfassen etwa 100 ha mit einer Uferlänge von 1100 m, so dass aller Voraussicht nach den Bedürfnissen der Zukunft auch bei einem umfangreichen Ausbau des Werkes weitgehend Rechnung getragen sei. Die Hafenanlagen werden in einer Tiefe ausgeführt, dass auch die praktisch in Frage kommenden grössten Seedampfer anlegen können. Der Eisenbahnanschluss werde an die vom Staate gebaute sogenannte Industriebahn, die unmittelbar an der Grenze des Hüttengrundstückes entlang führt, ausgeführt. Infolge der günstigen Lage des deutschen Roheisenmarktes sei es geboten erschienen, für den Absatz des Roheisens für das Jahr 1907 ein vorläufiges Abkommen mit dem Roheisen-Syndikat zu treffen. Das Werk habe sich hierdurch den lohnenden Absatz des wesentlichsten Teils seiner Roheisenerzeugung für nächstes Jahr gesichert. Die letzte Einzahlung auf das Aktienkapital ist inzwischen erfolgt, so dass das gesamte Aktienkapital nunmehr voll eingezahlt ist. Wie der Aufsichtsrat diesem Bericht des Vorstandes noch hinzufügt, schreiten die Bauten rüstig fort und lassen die Fertigstellung des Werkes für den Beginn des Sommers 1907 mit Sicherheit erhoffen. — Unserem Bericht über die Hauptversammlung in Nr. 574 des „Westf. Merk." tragen wir noch Folgendes nach: Bei der Beratung über den Antrag auf Erhöhung des Grundkapitals von 4 auf 6 Mill. M. hatte Justizrat Simon eine Begründung des Antrages durch den Vorstand gebeten. Der Vorsitzende antwortete darauf, laut „K. Z." dass 600 000 M. zum Bau von Arbeiterwohnungen verwendet werden sollen; der Rest solle für die weitere Entwicklung des Werkes Verwendung finden. Näheres darüber mitzuteilen, liege nicht im Interesse des Werkes. Justizrat Simon führt daraufhin aus, es sei ihm auf seine Forderung einer Begründung eine Auskunft geworden, die im Widerspruch mit dem stehe, was in der Presse veröffentlicht worden sei. Es sei ausser allem Zweifel, dass in Lübeck über gewisse Vorgänge eine nicht unbedeutende Erregung entstanden sei, die teils in der Presse, teils in der Bildung eines Trusts ihren Ausdruck gefunden habe. Er vertrete heute einen Aktionär, der zwei Stimmen angemeldet habe, dem aber ein Drittel aller Stimmen der Gesellschaft zur Verfügung stehe; auf juristischem Wege sei ihm jedoch die Möglichkeit entzogen, zu erscheinen. Dieser Aktionär, Herr Spaeter in Koblenz, habe ebenfalls ein Interesse am Gedeihen des Werkes; er habe durch den Ankauf der Aktien nur sein Geld nutzbringend anlegen wollen. Durch den Antrag des Vorstandes beweise man, dass der wirkliche Tatbestand, der zur Erhöhung des Grundkapitals geführt habe, den Aktionären nicht vollkommen mitgeteilt worden sei. Die Sache liege doch so: das Hochofenwerk Lübeck sei ein Versuch zur Hebung der wirtschaftlichen Interessen Lübecks. Obgleich im Inlande die Meinung vorherrscht, dass sich die Errichtung eines derartigen Werkes an der See nicht empfehle, hätten sich doch Männer gefunden, es ins Leben zu rufen. Gleichzeitig hätten, um die Kredite zu sichern, der Lübecker Senat und die Handelskammer grosse Beträge gezeichnet und den Zeichnern das Optionsrecht eingeräumt. Jene Aktien habe jetzt die Firma Spaeter in Koblenz erworben. An Wahnsinn grenze es, dieser gegnerische Interessen unterzuschieben, weil sie sich ja dadurch selbst schädigte. Um jeden Zweifel seiner Gegnerschaft zu zerstreuen, habe Spaeter seinen gesamten Aktienbesitz dem Lübecker Staat zum Kauf angeboten; er wollte die Aktien beim Lübecker Staat hinterlegen und sie ihm 10 Jahre an die Hand geben, damit sie der Staat erwerben könne. Es hätte also gar keine Schädigung des Werkes eintreten können. Nach Unterhandlungen, die Herr Kommerzienrat Oswald mit Senator Poeschl gepflogen habe, habe man annehmen müssen, dass der Lübecker Staat darauf eingehen würde. Statt dessen sei nach vieler Agitation ein Trust gebildet worden. Die heute gegebene Begründung zur Erhöhung des Grundkapitals sei unzureichend und unzulässig. Sollen so schwerwiegende Beschlüsse gefasst werden, dann müsse der Hauptversammlung auch gesagt werden, zu welchen Zwecken das Grundkapital erhöht werden soll. Jetzt fehle jede weitere Voraussetzung dazu. Ausser den 600 000 M. zum Bau von Arbeiterwohnungen seien die weiteren 1,4 Mill. M. jetzt noch gar nicht nötig. Auch wisse man nicht einmal, welche Mittel jetzt noch flüssig seien, und er müsse daher diese Frage wiederholen. Man habe sich doch auch noch 2½ Mill. durch eine Anleihe gesichert. Die ganze Sache laufe darauf hinaus, zwei weitere Mill. zu schaffen und sie dem Lübecker Staat zu überlassen, um den Einfluss aufzuwiegen, den mit ihren 1,4 Mill. die Firma Später bekommen habe. Das ganze Unternehmen werde durch diese Kapitalerhöhung verhunzt. Und was sei der Erfolg davon? Die Dividende werde statt auf 4 Mill. auf 6 Mill. verteilt, und auch der Wert der Aktien werde heruntergebracht. Die Erhöhung sei also geldlich sowohl der Gesellschaft wie den Aktionären schädlich. Der Lübecker Patriotismus habe in diesem Falle blind und taub gemacht. Die Firma Späler habe ein dauerndes Interesse an der Rombacher Hütte, die heute schon 12 Prozent herausschole. Er wünsche dem Lübecker Werk eine noch höhere Dividende; wenn man diese mit Hülfe eines Mannes erreiche, der die grössten Erfahrungen in diesem Geschäftszweige habe, dann könne man in Lübeck zufrieden sein. Nachdem der Vorsitzende des Lübecker Finanzdepartements, Senator Eschenburg, die Erklärung gegeben hatte, dass die Firma Späler ihren Aktienbesitz erst im nächsten Jahre antrete, und dass deshalb diese Aktien jetzt durch das Lübecker Finanzdepartement vertreten würden, kommt Senator Poeschl-Lübeck auf die Verhandlungen mit der Firma Späler zurück. Er habe Herrn Kommerzienrat Oswald von vornherein erklärt, dass er nur als Privatmann mit ihm unterhandle. Herr Oswald habe die Absicht der Firma Späler kundgegeben, dem Staate das Vorkaufsrecht an den Aktien zu übertragen unter Bedingungen, die noch vereinbart werden sollten. Dass dieses Vorkaufsrecht auf zehn Jahre bemessen werden sollte, davon sei keine Rede gewesen. Senator Eschenburg gab dazu die weitere Erklärung ab, dass dem Finanzdepartement ein Angebot von der Firma Späler nicht gemacht worden sei, worauf Justizrat Simon erwiderte: Wenn ein Privatmann mit zwei Senatoren unterhandle, dann müsse er doch annehmen, dass diese den Senat davon in Kenntnis setzen. Die vor dem Bau eingeholten Gutachten hätten ergeben, dass das Werk mit vier Mill. gebaut werden könne. Wenn nun schon in demselben Jahre die Summe nicht mehr ausreiche, dann müsse doch dafür eine Erklärung gegeben werden. In derartigen Sachen dürfe es kein Geheimnis vor der Hauptversammlung geben; man werde später einsehen, dass man zu Unrecht gehandelt habe. Justizrat Simon gab schliesslich nochmals die Erklärung ab, die Firma Späler sei jeden Tag bereit, ihre Aktien mit 5 Proz. Aufschlag dem Lübecker Staat abzutreten.

*** Vereinigte Fabriken photographischer Papiere in Dresden.** Die Gesellschaft besitzt zusammen mit der in einer Interessengemeinschaft zu ihr stehenden Dresdner Albuminpapierfabrik A.-G. und Fabrik photographischer Papiere vorm. Dr. A. Kurz A.-G. einen Betrag von ungefähr 1 Mill. M. von Aktien der Eastman Kodak Co., Newyork, welche, trotzdem deren Kurs etwa 290 Proz. notiert, in der Bilanz der Dresdner Gesellschaft mit 1 M. zu Buche stehen. Die Eastman Kodak Co. hat für das laufende Geschäftsjahr vier Quartalsdividenden von je 2½ Proz., sowie zwei Extradividenden von 2½ und 5 Proz. erklärt, sodass auf die im Besitze der erwähnten Gesellschaften befindlichen Aktien eine Gesamtdividende von 17½ Proz. entfällt.

*** Bürgerliches Brauhaus München (Münchener Bürgerbräu).** Das am 31. August abgelaufene Betriebsjahr ergibt nach Abzug der statutarischen Tantiemen, feste Bezüge etc. einschliesslich eines Vortrages von 151,278 (i. V. 157,727) M. einen Bruttogewinn von 602,791 (i. V. 723,807) M. Der Aufsichtsrat wird der am 14. Dezember 1906 stattfindenden Generalversammlung vorschlagen, ihn wie folgt zu verwenden: 193,721 (i. V. 178,656) M. zu Abschreibungen und zur Erhöhung des Gebührenäquivalentfonds, 20,000 M. (wie i. V.) zu ausserordentlichen Abschreibungen, 5000 M. Pensionsfonds, 17,279 (i. V. 19,283) Mark zu Tantiemen, und in Rücksicht auf das geringere Betriebsergebnis im abgelaufenen und die Verteuerung der Rohmaterialien im neuen Geschäftsjahr nur 270,000 (i. V. 300,000) M. gleich 9 (i. V. 10) Proz. Dividende zu zahlen und den Rest von 156,790 (i. V. 151,278) M. auf neue Rechnung vorzutragen.

*** Vereinigung europäischer und amerikanischer Dynamitfabriken.** In der in Paris stattgehabten Generalversammlung der Société centrale de dynamite Nobel hat der Präsident der Gesellschaft, wie die „N. H. B. H." mitteilt, den Aktionären Mitteilung von Verhandlungen gemacht, die dahin gingen, dass diese Gesellschaft zu der amerikanischen Dynamittrust-Gesellschaft Du pont de Nemours Powder, dessen Kapital 280 Mill. Fres. beträgt, in ein engeres Verhältnis treten könne. Die Société centrale hat durch die Schaffung der Dynamitfabrik in Mexiko bereits grosse Interessen in Amerika, welche die engeren Beziehungen vermitteln, in welche die amerikanische und europäische Dynamitproduktion treten sollen. Der Präsident der Dynamite centrale definierte diese nähere Verbindung, indem er bemerkte, dass es sich nicht um ein Kartell handelt, um die Preise des Produkts zu erhöhen, was angesichts der grossen Anzahl der Konkurrenten unmöglich wäre. Es handle sich in erster Linie darum, die Bedingungen der Produktion zu verbessern und so die Gestehungskosten herabzusetzen. Ferner könne man sich über den Einkauf der Rohprodukte, insbesondere des Hauptmaterials, verständigen. Mit einem Worte, zwischen der europäischen Dynamitindustrie, soweit sie durch die grosse lateinische Gruppe Frankreichs, Italiens und der Schweiz repräsentiert wird, und der amerikanischen Dynamitindustrie soll ein Produktionskartell geschlossen werden, das die Verhältnisse in der Dynamitproduktion aller Länder beeinflussen dürfte.

Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des „Westfälischen Merkur".

Schlusskurse.

	16. 11.	17. 11.		16. 11.	17. 11.
Wechs. Amst. kurz	—	169,90	Dortm. Viktoriabr.	129,00	129,00
„ Brüssel „	—	80,85	Düsseld. Eisen-Akt.	185,75	187,50
„ London „	—	20,485	Dynamit Trust	169,75	170,50
„ Paris „	—	81,20	Elektr. Hochbahn	129,90	130,60
„ Italien „	—	81,20	Eschweiler Bergw.	241,80	245,00
„ Wien „	84,90	84,90	„ Eisen	136,00	137,50
Privatdiskont	5⅞	5⅞	Friedrichshütte	154,30	154,50
Berl. Handelsges.	170,30	171,00	Geisweider Eisen	213,00	216,00
Darmstädter Bank	138,75	139,10	Gelsenk. Bergw.	223,00	225,10
D.-Asiat. Bank	169,75	170,50	„ Gussstahl	113,30	113,90
Deutsche Bank	238,30	238,60	Georgs-M.-H. St.-A.	86,80	87,00
Diskonto-Kommand.	182,00	182,80	„ St. Pr.-A.	103,75	103,10
Dresdner Bank	155,30	155,60	Glückauf-Brauerei	132,80	133,00
Dresdner Bankv.	110,60	110,75	Gr. Berl. Str.-B.	183,30	183,25
Essener Kreditanst.	183,40	183,75	Hamb. Packetf.	155,80	156,60
Hannov. Bank	134,00	134,75	Hann. Masch. Egest.	270,60	271,00
Nat.-Bank f. Dtschl.	127,75	128,30	„ Strassenb.	73,30	73,10
Oesterr. Kreditanst.	211,80	212,50	Hansa	135,30	136,00
Osnabrücker Bank	145,00	145,00	Hark. Brückenb. cv.	99,25	100,50
Pr. Zentr. Bod. Kr.	193,25	193,50	„ St. Pr.	126,75	126,75
Schaffhaus. Bankv.	155,50	155,60	Harpener Bergb.	213,00	214,60
3½ % D. Reichsanl.	97,80	97,90	Hasper Eisen	207,00	209,40
3 % „	86,30	86,40	Helwigshütte	189,00	188,64
3½ % Preuss. Kons.	97,90	97,90	Hengstenberg	154,25	154,25
3 % Preus. Kons.	86,25	86,10	Herbrand Waggon	189,00	191,75
3 % Sächs. Rente	86,10	86,10	Hochdahl V.-A.	111,00	111,25
3½ % Rh. Obl. S. 10	95,50	95,50	Hörder St. Pr.-A.	201,75	206,00
4 % Westf. Pr.-Anl.	102,25	102,25	Hösch Stahlw.	230,00	232,25
3½ % „ u. 1915	96,8	96,80	Humboldt Masch.	150,50	151,60
4 % dtsch. Stadt-Anl.	—	—	Isenbeck-Brauerei	94,00	94,00
4 % Westf. Pfandbr.	101,25	101,25	Kölner Bergw.	436,00	443,25
3½ % „	95,10	95,00	Köln-Müs. Bergw.	163,00	165,50
4 % Rh.-W. Rentbr.	100,80	100,80	König Wilh. kv. A.	289,80	291,25
3½ % „	95,30	95,50	„ St. Pr.	273,00	277,50
4 % Rh.-Westf. Bod. Kr. Pfandbr. S. 9	101,00	101,00	Königsborn Bergw.	185,00	187,00
3½ % do. S. 6	95,10	95,10	Küppersbusch	214,00	215,00
4½ % Argent. auss.	94,40	94,90	Lahmeyer	136,80	139,90
5 % Buenos Aires St.-Anl. v. U.	100,90	100,80	Laurahütte	243,90	245,75
5 % Chinesen 1896	101,75	101,10	Lindener Unna	89,40	89,40
4½ % „ 1898	96,30	96,40	Luise Tiefb. St. Pr.	98,75	100,00
4 % Italiener	—	—	Magdeb. Bergw.	312,74	313,00
5 % Mexikaner	100,60	100,90	Massener Bergw.	148,75	147,25
4 % Österr. Goldr.	99,00	99,00	Mech. Web. Linden	144,25	144,35
4 % „ Kronenr.	99,50	—	Menden u. Schwerte St. Pr.	113,00	114,00
4½ % „ Silberr.	100,30	100,30	Nordd. Lloyd	131,50	135,30
4 % Rumäner 1898	90,70	90,90	Nordd. Woll-Kämmerei	155,50	155,60
4 % Russ. Kons. 1889	—	—	Nordstern Bergw.	248,25	242,00
4 % „ inn. Anl.	75,25	75,25	Oberschl. Eis.-Bed.	138,60	139,25
Russenbank	141,50	141,00	„ Eis.-Ind.	128,50	129,00
4 % Spanier	—	—	Orenstein u. Koppel	205,25	216,10
4 % Ungar. Goldr.	95,25	95,20	Osnabr. Kupferdr.	114,50	116,00
4 % Kronenrente	94,80	95,00	Phönix Bergw. St.-A.	210,00	214,00
4 % Türken 1903	—	95,32	Rhein-Nassau	251,00	257,00
Öst.-Ung. Staatsb.	144,43	144,50	„ Bergbau	88,00	90,75
Südösterr. Lomb.	34,00	34,50	„ Metallw.	116,00	116,00
Canada Pacific	178,00	179,20	Rhein. Spiegel	176,25	1[illegible],00
Lux. Prince Henry	148,30	149,10	„ Stahlw.	199,[illegible]	199,50
			„ Westf. Kalkw.	141,00	140,00
Allg. Elektr.-Ges.	210,87	212,50	Rombacher Hütte	206,00	207,00
Anglo Cont. Guano	117,10	118,00	Rote Erde	76,25	77,25
Bismarckhütte	310,50	317,00	Schuckert Elektr.	124,50	124,75
Bliesenbach Vorzug	81,40	81,25	Schulz Knaudt-Akt.	161,25	162,50
Boch. Bergw. C.	46,50	48,00	Siemens u. Halske	182,00	183,25
„ Gussstahl	256,00	258,10	Stolb. Zink	181,00	183,00
„ Viktoriabr.	124,00	122,25	Tecklenbg. Schiffw.	116,00	118,00
Böhler	255,00	256,10	Thale Eis. V.-A.	130,60	134,25
Boesperde Walzw.	129,30	141,80	Thiederhall	121,40	118,25
Buderus	124,75	127,50	Wasserw. Gelsenk.	239,00	239,00
Concordia Bergw.	320,00	325,00	Westeregeln Alkali	226,00	225,00
Consol. Schalke	461,50	464,75	Westf. Kupfer	131,00	131,50
Dtsch.-Lux. neue	200,50	202,80	„ Draht	208,50	203,75
Dtsch.-Ueb. Elekt.	188,40	188,40	„ Stahl	118,50	117,50
Dortm. Union C.	81,00	82,10	Wicking Zement	127,25	118,50
„ „ D.	102,00	102,03	Wiesener Bergw.	191,50	195,25
„ Brauerei	—	—	Witteuer Gussst.	259,00	263,30
„ Germ.-B.	195,00	195,00	„ Stahlr.	217,25	224,00
„ Löwenbrau.	197,50	197,00	Wurmrevier	139,50	141,00
„ Unionbr.	351,25	351,00	Zellstoff Waldh.	313,70	313,75

Nachbörse.

Oesterr. Kredit	212,00	212,40	Türkenlose	146,75	146,90
Berl. Handelsges.	170,75	171,50	4½ % Japaner 05	90,60	91,00
Deutsche Bank	238,75	238,10	Boch. Gussst.	258,75	259,10
Diskonto	182,25	182,90	Dortm. Union C.	81,25	82,40
Dresdner Bank	155,20	155,75	Laurahütte	243,75	246,10
Canada Pacific	177,75	179,25	Consolidation	461,00	464,00
Baltimore and Ohio	12[illegible],10	121,75	Gelsenkirchener	223,90	224,40
Lombarden	34,10	34,30	Harpener	213,10	214,25
Russen 1902	78,40	77,70			

Tendenz: Fest. Reichsbank-Diskont: 6%

Tendenz-Bericht.

*** Berlin,** 17. Nov. Die Meldung, dass die Bank von Frankreich Gold abgegeben habe, und der Goldeingang von 100 000 Pfund Sterling in London aus Nordamerika haben die Besorgnisse bezüglich der weiteren Gestaltung des Geldmarktes in den Hintergrund treten lassen; infolgedessen konnten der günstige Verlauf der gestrigen Auslandsbörsen und die Festigkeit Newyorks für die hiesige Börse Anregung geben zu lebhaften Käufen in Eisen- und Kohlenaktien, und namentlich auch in amerikanischen Bahnen. Von letzteren Baltimore und Canada bevorzugt, angeblich sind diese in grösseren Posten von ersten hiesigen Banken aus dem Markte genommen worden. Bochumer gewannen 1½ Proz., Laurahütte 2½, Rheinstahl 1½, Gelsenkirchener und Harpener je 1 Proz. Auf allen übrigen Umsatzgebieten trat eine durchaus zuversichtliche Haltung zu Tage. Aber auf dem Bankenmarkte erreichten die Besserungen nicht ½ Proz. Die von den westlichen Börsen abhängigen Rentenwerte zogen weiter etwas an. Japaner um 0,15, 1902er Russen um 0,80 besser. Hamburger Packetfahrt und Nordd. Lloyd profitierten gleichfalls von der guten Stimmung. Im freien Verkehr stiegen Phönix-Aktien bei lebhaften Umsätzen bis über 210. Späterhin nahm die Geschäftstätigkeit mangels weiterer Anregung ab. Der erhöhte Kursstand blieb aber bei unvermindert fester Stimmung behauptet. Tägl. Geld 5 Proz. Zu Beginn der 2. Börsenstunde machte die Aufwärtsbewegung in Eisen- und Kohlenaktien infolge von Kaufaufträgen von auswärts weitere Fortschritte, namentlich in Rheinstahl, Gelsenkirchener und Harpener. Auch Prinz Henrichbahn, Pennsylvania und Canada stiegen weiter. Wenn auch die Stimmung durchaus fest blieb, konnten sich die erhöhten Kurse infolge von Gewinnrealisierungen am Montanmarkte nicht voll behaupten. Der Verkehr war schliesslich ruhiger. Industriewerte des Kassamarktes sehr fest bei vielen mehrprozentigen Kurssteigerungen. Bez gerecht für Phönix 10,05, letztmalig notiert.

Getreide.

*** Berlin,** 17. Nov. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) **Produktenbörse. Weizen** Dez. (177¼) 177¼, Mai (181¼) 181¼, Juli (—) —. **Roggen** Dez. (158½) 158½, Mai (162¾) 162¾, Juli (—) —. **Hafer** Dez. (158½) 158, Mai (164¼) 164¼, Juli (—) —. **Mais amerik. Mixed** Dez. (129) 129, Mai (124) 124, Juli (—) —. **Weizenmehl** 22,50 bis 24,50. **Roggenmehl** 20,50 bis 22,30.

*** Paris,** 17. Nov. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) Wetter bewölkt. Schlusskurse.

	Schluss 17.	Schluss 16.		Schluss 17.	Schluss 16.
Hafer	ruhig	stetig	Weizen	matt	stetig
Nov.	21.25	21.15	Novbr.	23.25	23.20
Dez.	21.—	20.85	Dez.	23.15	23.20
Jan.-April	21.05	21.—	Jan.-April	23.35	23.40
März-Juni	21.25	21.25	März-Juni	23.40	22.50
Roggen	ruhig	ruhig	Mehl	matt	stetig
Nov.	17.90	17.90	Nov.	30.95	31.30
Dez.	17.70	17.75	Dez.	30.30	30.45
Jan.-April	18.—	18.—	Jan.-April	30.30	30.60
März-Juni	18.—	18.—	März-Juni	30.40	30.50

*** Liverpool,** 17. Nov. (Eig. Drahtb. d. „Westf. Merkur".) **Roter Winterweizen** Dez. (6/6⅛) 6/4, März (6/5⅝) 6/5⅝, ruhig. Bunter **amerikanischer Mais** Dez. (4/8¾) 4/9⅞, Jan. 4/1) 4/1. ruhig.

Zucker.

*** Hamburg,** 17. Nov., nachm. 3 Uhr. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88%, Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg Nov. 17,65, Dez. 17,70, Jan. 17,90, März 18,10, Mai 18,40, Aug. 18,70. stetig.

*** Magdeburg,** 17. Nov. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Kornzucker 88%, ohne Sack 8,20–8,32. Nachprodukte 5%, ohne Sack 6,65–6,90. Stimmung ruhig. Brodraffinade I. ohne Fass 18,25–00,00. Kristallzucker I. mit Sack 00,00–00,00. Gem. Raffinade mit Sack 18,00–18,25. Gem. Melis mit Sack 17,50–18,75. Stimmung ruhig. Bei Abnahme von mindestens 200 Zentnern alles netto Zentner. Rohzucker I. Produkt Transito frei an Bord Hamburg Nov. 17,55 Gd., 17,65 Brf., Dez. 17,65 Gd., 17,75 Brf., Jan. 17,80 Gd., 17,90 Brf., Jan.-März 17,95 Gd., 18,15 Brf., Mai 18,35 Gd., 18,40 Br., Aug. 18,65 Gd., 18,70 Brf. stetig.

Oele und Spiritus.

*** Berlin,** 17. Nov. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Rüböl Nov. (68,10) 68,00, Dezbr. (65,00) 68,00, Mai (64,00) 64,50.

*** Paris,** 17. Nov. (Eig. Drahtber. des „Westf. Merkur".) Wetter bewölkt. Schlusskurse.

	Schluss 17.	Schluss 16.		Schluss 17.	Schluss 16.
Rüböl	flau	stram	Leinöl		
Nov.	86.50	87.50	Mai-Aug.	54.50	54.50
Dez.	86.—	87.75	Spiritus	fest	fest
Jan.-April	82.—	84.50	Nov.	42.75	42.—
Mai-Aug.	72.—	72.75	Dez.	42.75	42.50
Leinöl	flau	stram	Jan.-April	43.75	43.75
Nov.	54.—	54.—	Mai-Aug.	47.25	45.—

Kaffee.

*** Hamburg,** 17. Nov., nachm. 3 Uhr. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) (Schlussbericht.) Good average Santos Dez. 35, März 36, Mai 36½, Sept. 37½, stetig.

*** Havre,** 17. Nov., vorm. 10 Uhr 30 Min. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Kaffee good average Santos Dez. 44, März 44½, Mai 45, Sept. 45½, ruhig.

Baumwolle.

*** Bremen,** 17. Nov. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Baumwolle. Upland middl. loco (55¾) 56½ Pfg. ruhig.

*** Liverpool,** 17. Nov., mittags 12 Uhr 45 Min. (Eig. Drahtbericht des „Westf. Merkur".) Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Tendenz für Amerikaner loco fest. Preis: 5,98. Amerikanische good ordinary Lieferungen: —, fest. Nov. (5,58) 5,73, Nov.-Dez. (5,52) 5,63, Dez.-Jan. (5,49) 5,59, Jan.-Febr. (5,48) 5,57, Febr.-März (5,50) 5,58, März-April (5,51) 5,59, April-Mai (5,53) 5,60, Mai-Juni (5,56) 5,61, Juni-Juli (5,58) 5,63, Juli-August (5,50) 5,64.

Amerikanische Warenkurse.

(Eigener Drahtbericht des „Westf. Merkur".)

*** New-York,** 17. Nov. Baumwolle. Dez. (10,23) 10,23, Jan. (9,25) 10,26, März (10,37) 10,37, Mai (10,47) 10,47. stetig.

*** New-York,** 17. Nov. Weizen. Dez. (82⅛) 82⅛, stetig.

*** Chicago,** 17. Nov. Weizen. Dez. (73⅞) 73⅞. Mais. Dez. (42⅞) 42⅞, stetig. Hafer. Dez. (34⅞) 34⅞.

Chicago, 17. Nov. Schmalz. Jan. (8,60) 8,52. Pork. Jan. (14,47) 14,35.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Chefredakteur Theodor Wernecke in Münster.

Kauft nur



7286

Herzstiefel



Lack
neue Formen.

J. Koopmann.

Familiennachrichten.

Geboren: 1 Knabe: Landrat Dr. Brandt, Siegen. — 1 Mädchen: August Bellehit, Krefeld.

Verlobt: Martin v. Hertell, Gelmstadt, z. Zt. Hannover, Hallerstr. 6, Gothard-Bachelerg, Frankfurt a. O.

Vermählt: Landrat Wolf v. Kleist-Retzow m. Martin Delbrück, München, Lenbachplatz.

Gestorben: Amtsgerichtsrat Geh. Justizrat Alfred Steger, 61 J., Arnsberg. — Klemm Hoewer geb. Hellmann, Duisburg. — Johanna Jung, Frau von und zu Gilsheim, Grund- und Majoratsherr, 71 J., Schloß Bodman am Bodensee.

Gebr. Hasemann, Möbelfabrik, Münster i. W., Bruuerstr. 9 empfehlen für

Verlobte

bequ. Zahlungsbedingungen in gröss. Auswa. u. gediegenster Ausführung, nach Katalog frco. Lieferung.

Bekanntmachung.

Folgende Firmen sind heute im Firmenregister gelöscht worden:

Nr. 125. **B. Sodtmann** in Mühlenberg. **Inhaber:** Witwe Handelsmann Anton Sodtmann, Klesilia geb. Conrad.

Nr. 131. **J. Werlshöfer** hier. **Inhaber:** Kaufmann Fritz Werlshöfer.

Nr. 146. **Paul Klostermann** hier. **Inhaber:** Witwe Kaufmann Paul Klostermann, Maria geb. Schnitger.

Nr. 119. **Joseph Löning** hier. **Inhaber:** Kaufmann Joseph Löning.

Nr. 79. **J. B. Böcker** in Sendon. **Inhaber:** Holzhändler Johann Bernard Böcker.

Nr. 59. **B. Joseph Hellmann** in Ostenfelde. **Inhaber:** Kaufmann und Brauereibesitzer Bernard Joseph Hellmann.

Nr. 12. **M. Isaac** in Ostenfelde. **Inhaber:** Kaufmann Melchior Isaac.

Nr. 186. **M. M. Isaac** in Ostenfelde. **Inhaber:** Kaufmann Moses Isaac.

Lüdinghausen, 12. Novbr. 1906.

Königliches Amtsgericht.

Ich habe mich in **Münster i. W.** als

Rechtsanwalt

niedergelassen. Mein Büro befindet sich

Frauenstr. 34/35.

Möcklinghoff,

Rechtsanwalt.

Geschäfts-Haus.

Am

Freitag, den 23. d. Mts. nachm. um 5 Uhr

werde ich in meinem Geschäftszimmer das hier an der Ludgeristrasse unter Nr. 86 belegene Geschäftshaus, welches zwei Läden enthält und sich in einem sehr guten baulichen Zustande befindet, öffentlich meistbietend unter kulanten Bedingungen verkaufen. Weitere Auskunft erteilt

Lübbert.

Haus-Verkauf.

Die hier an der Brüderstrasse unt. Nr. 18 gelegene Besitzung bestehend aus dem 2½ stöckigen Wohnhaus mit Hofraum soll am

Dienstag, den 27. d. Mts. nachm. um 5 Uhr

in meinem Geschäftszimmer öffentlich meistbietend verkauft werden.

Das Haus enthält ein hohes Souterrain und drei abgeschlossene, je aus 5 geräumigen Zimmern nebst Küche & Vorratskammern bestehende Wohnungen. Näheres ist durch mich zu erfahren.

Lübbert.

Grosses Geschäftshaus.

Eine hier in der Hammerstraße in nächster Nähe des Ludgeritores gelegene Besitzung mit großem Hofraum und Einfahrt, passend für

Engros-Geschäfte,

habe ich Auftrag zu verkaufen. Alles Nähere ist bei mir zu erfahren.

Lübbert.

Drucksachen,

wie **Rechnungen, Briefpapier, Postkarten, Kuverts, Wechsel** etc. liefert billigst **Mauke Brüder, L. Kemberg, Hofgeismar.**

Farbige Tuche

für Küster, Schweizer, Messdiener-Talare, Altar-, Pult- und Gebauch-Decken etc.

Talare

für Küster, Schweizer, Messdiener, Fahnenträger.

Missale, Canon-, Sacristei- und Aspergestafeln,

Bebetstafel vor und nach der hl. Messe, Signacula, Messbuchpulte, Altarschellen, Klingelbeutel.

Stickseiden,

garantiert waschecht, in gröbstem Farbensortiment. Corbonnet in 3 verschiedenen Stärken, Filatlasse, Filoselle, Floret per Dutzs. von 3 Pfg. an. Leinene und baumwollene Stickgarne, Nähseil- und Filetzwirne. 8566

Clemens Swiersen-Diepenbrock, Münster i. W.

Präzisiert Rom 1888. Kunststickerei, Paramenten und Fahnenfabrik. Präzisiert Köln 1890.

Westfälischer Bankverein, Münster.

Filiale der Essener Credit-Anstalt Akt.-Ges.

Aktien-Kapital und Reserven Mk. 79 000 000.

An- u. Verkauf / Aufbewahrung | von Staatspapieren, Actien Obligationen, Loosen etc. zu coulanten Bedingungen.

Vorschüsse auf börsengängige Wertpapiere auf kurze und lange Termine, Versicherung gegen Courserhust bei Verlosungen.

Conto-Corrent-, Check- und Depositen-Verkehr (Einlagen auch von kleineren Beträgen).

Preussische Consols, Reichsanleihen, diverse Hypotheken-Pfandbriefe, ferner:

Belgische, Französische, Englische, Holländische, Italienische und Schweizer Noten

sind stets vorrätig.

Cirkular-Creditbriefe für das In- und Ausland.

Feuer- und diebessichere Stahlkammer mit Schrankfächern (sogen. Safes)

unter eigenem Verschluss der Mieter.

Märkische Bank Münster,

Salzstr. 18/19. i. Münster i. W. Telephon 283.

Eröffnung laufender Rechnungen, — Diskontierung, Zahlbarstellung und Einziehung von Wechseln, — Annahme von Geldern (Spareinlagen) zur Verzinsung auf kurz- oder langfristige Kündigung zu 3½—4½ %. — Eröffnung provisionsfreier Check-Conten (z. Zt. 4% bis auf weiteres). — **Gewährung von Baugeldern.** — Ausführung von Börsenaufträgen an sämtlichen Börsen des In- und Auslandes, — An- und Verkauf von **Kuxen, Aktien** und **Obligationen.** — Aufbewahrung, **Verwaltung** u. Beleihung von Wertpapieren, sowie Versicherung gegen Kursverlust bei der Auslosung, **unter den günstigsten Bedingungen.** 8540

Die uns täglich zugehenden Anerkennungsschreiben und Nachbestellungen beweisen, dass unsere

Patent-Füllfederhalter „Klio"

infolge ihrer Vorzüge:

Verwendung jeder gewohnten Feder und Tinte können in jeder beliebigen Lage in der Tasche mitgeführt werden Schmutzen gänzlich ausgeschlossen,

tatsächlich die besten sind.

Mit Sauger \ Nr. 1 einfache Ausführung M. 3 per Stück, zum Füllen / „ 2 feinste „ „ 6 „ „

Mit Selbstfüllvorrichtung \ einf. Ausf. M. 5 p. Stück (füllt u. reinigt sich selbst) / feinste „ „ 8 „ „

Vorbesitzung, besonders im Kreise der Postbeamten. Im Vergleich zu andern Füllfederhaltern, die bei weitem nicht an „Klio" heranreichen ist der Preis ein enorm billiger, ich möchte den Halter nicht mehr missen.

Herr Dr. med. **W. Wild,** Stötteritz, schreibt: „Mit Ihrem Füllfederhalter „Klio" bin ich **ausserordentlich** zufrieden. — usw. usw.

Zahlreiche Anerkennungen: Herr Prof. Dr. **A. Holst,** Direktor des Technikums Mittweida, schreibt: „Mit ihrem Füllfederhalter „Klio" bin ich in **jeder Beziehung zufrieden.**

Herr Postassistent **Schmidt,** Penzlin, schreibt: Der Füllfederhalter verdient weitere

Wiederverkäufern hoher Rabatt.

An die Herrn Beamten liefern wir, wo nicht erhältlich auf Wunsch vier Wochen zur Probe.

Prosp. Rb. ca. 100 verschiedene Füllfederhalter gratis u. franko.

Fabrik für Gebrauchsgegenstände G. m. b. H., Hennef (Sieg).

Grösste und leistungsfähigste Füllfeder-halter-Specialfabrik des Kontinents.

Stellenvermittelung

des Verbandes kath. kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands,

in über 120 Städten vertreten.

Für die Herren Prinzipale kostenlos.

Bewerbungspapiere sind zu bestehen v. unserm Vertreterraum

Otto Neuhaus,

Münster, Bahnhofstr. 35.

Suche für meine Tochter, 23 Jahre, gute Ausbildung und in Küche u. Haushalt erfahren,

Aufenthalt

in besserem kathol. Hause bei bescheid. Familienanschluß. Vergütung wird nicht beansprucht. Angebote unter **M. H. 8064** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb. 8064

Aufzüge

Für Personen u. Lasten modernster Bauart

Düsseldorfer Maschinenbau-Actiengesellschaft vorm. J. LOSENHAUSEN

DÜSSELDORF-GRAFENBERG.

Für Jäger!

Reflektanten auf **Jagdgewehre** und **Jagdartikel** empfehle den Bezug meiner Preislisten zur Einsichtnahme welche bei Angabe der Nummer gratis zu Diensten stehen.

	laut Katalog Nr.
Jagdgewehre aller Art	1
Repetier- und Einzellader-Büchsen	1a
Flobert-, Gartenbüchsen, Browning etc.	2
Jagdwaffenteile	3
Jagd- und Tesching-Bekleidung	4
Jagdmunition	5
Fischerei-Gerätschaften	7
Rauchgas-Kassen und Forstmeisterliche Geräte	9
Luftdruck-Apparate	10
Automobil-Bekleidung	12

Eduard Kettner, Köln a. Rhein.

Gewehrfabriken in **Suhl** und **Zella** in Thür.

Zweigniederlage **Danzig,** Weidhan 4. 8827

„Aufwärts!" Illustrierte Monatsschrift zur Weckung und Förderung der Ideale der katholischen studierenden Jugend, besonders an Gymnasien, Real- und Progymnasien, Lehrerseminarien und ähnlichen Anstalten. Redigiert von Dr. **Bautz.** Monatlich erscheint ein Heft von 64 Seiten mit Kunstbeilagen und Textillustrationen. **Preis** vierteljährlich M. 1.50 — Fr. 2.10 — K. 2.10 — Sh. —50.

„Diese neue Zeitschrift für die katholische studierende Jugend füllt eine Lücke aus, die bisher in den betreffenden Kreisen unangenehm empfunden wurde. Es fehlte uns bis jetzt eine von wissenschaftlichen Gesichtspunkten getragene, von katholischem Geiste durchdrungene Zeitschrift grossen Stiles, wie „Aufwärts" sie zu bieten verspricht. Wir machen die katholischen Eltern, Lehrer und Erzieher gern auf die vielversprechende, zeitgemässe Monatsschrift aufmerksam und empfehlen deren Bezug auf das wärmste." (Fuldaer Zeitung.)

8170

Verlag von J. Bücler, Schwyz (Schweiz).

Pensionat

geleitet von den Schwestern der Genossenschaft J. M. J. zu **Millingen** bei **Cleve.**

Gründlicher Unterricht in der deutschen, französischen und englischen Sprache, wie auch in allen in höheren Töchterschulen üblichen Fächern und in der Musik. Pensionspreis 270 Mark. Mit der Anstalt ist auch ein Haushaltungs-Kursus verbunden. Preis 300 Mark.

Die regelmäßige Omnibusverbindung zwischen Millingen und Cleve erleichtert den Eltern den jederzeitigen Besuch ihrer Kinder.

Nähere Auskunft und Prospekte erteilt die Oberin und der hochwürdige Herr Rektor **J. v. d. Kher.** 8013

Haushaltungs-Pensionat

für Töchter besserer Stände.

Geleitet von Schwestern der Vereinigung im kl. Herzen.

Hougaerde bei Tirlemont (Belgien).

Gesunde Lage, weite Räume, grosser Park. Gründliche Ausbildung in allen Fachkenntnissen des Haushalts, Zuschneide- und Konfektions-Kursus. Nach Wunsch weitere Ausbildung im Deutschen, Literatur, Kunstgeschichte etc., im Französ. u. Engl. (täglich Konversation). Umgangssprache: französ. Ges., Klav., Viol., Mandoline, Zeichn., Malen, Brandmalen, Schnitzen.

Pensionspr. 800 Mk. inkl. Unterricht in den Sprachen, Bett und Wäsche. Jede Schülerin besitzt ein eigenes fein eingerichtetes Schlafzimmer. 5419

Prospekte und Referenzen erteilt die Oberin.

Afrikanische Weine

aus dem Kloster der Weissen Väter,

naturrein, rühmlichst bekannt als Kranken- u. Dessertweine, liefern die vereinigten Messweinlieferanten

C. & H. Müller, Flape 24

bei **Altenhundem i. W.**

Weinhandlung Dr. Stallgast **Papst Pius X.**

Probekisten von 10 Flaschen an 7 Sorten zu Mk. 13.50 incl. Packung.

Tausende von Anerkennungsschreiben.

Aug. Hammerschlag,

Cigarrenfabrikant in ***Bremen,***

empfiehlt von seinen rühmlichst bekannten Cigarren insbesondere die Special-Marken:

Germania, milde und fein, à 62½ Mk. per Mille, und ***Hammerschlag,*** mittelkräftig, à 63 „ „ „

meine **Probeschnitt** gerne zu Diensten stehen. Rückversendung ist gestattet. Versand ohne Risiko. 8227

Frei Haus in allen Stadtteilen

liefere täglich frisch:

Anion-Brot	à Mk.	1,00 u. 0,50
Kasseler Brot	„ „	0,80, 0,40, 0,25
Kümmel-Brot	„ „	0,40, 0,25
Graham-Brot	„ „	0,30
Paderborner Brot	„ „	0,80, 0,40
Kommis-Brot	„ „	0,50
Weißbrot	„ „	0,30, 0,20 0,10
Bauernstuten	„ „	0,45, 0,30, 0,20

Brötchen 4 und 5 Stück für 10 Pfg.

Rodon- und Schlosskuchen,

feinsten Spekulatie Pfd. von Mk. 1.00 und 0,80

„ Zingerteig „ „ „ 1.00

sowie die verschiedensten Arten

Gebäck.

Bäckerei Union,

Inh.: Clemens Rott, Hammerstrasse 5.

Fernsprecher 419. 8020 Fernsprecher 419.

Sturmvogel-Nähmaschinen



nähen, sticken, hopfen alles.

Unerreichte Genauigkeit, spielend leichter Gang, gleichmässiger Stich.

Motorräder, Fahrräder, Zubehörteile.

Deutsche Fahrradwerke aus „Sturmvogel"

Gebr. Grüttner, Berlin-Halensee 34.

Sie finden Käufer

oder

Teilhaber

für jede Art hiesiger oder auswärtiger Geschäfte, Fabriken, Grundstücke, Güter, Gewerbebetriebe

rasch und verschwiegen

ohne Provision, da kein Agent, durch

E. Kemper Nachf. Köln a. Rh. 158 Kreuzgasse 6, 1.

Verlangen Sie kostenfreien Bericht zwecks Beleihung und Ankaufspraxis, infolge der, auf meine Kunden, in 900 Zeitungen erscheinenden Inserate bin ich mit ca. 2500 kapitalkräftigen Reflektanten aus ganz Deutschland und Nachbarstaaten in Verbindung, daher meine enormen Erfolge, glänzenden und zahlreichen Anerkennungen.

Alles Unterschieben mit eigenen Bureaux: Dresden, Leipzig, Hannover, Köln a. Rh. und Karlsruhe (Baden). 309

Gesucht nach Holland zu Februar in feinere Familie **zwei saubere**

Hausmädchen,

Melden und Bitgeln verlangt. Nähen und Servierkenntnisse erwünscht.

Referenz-Angaben und Gehaltsansprüche zu richten unter No. 337 an **H. J. den Boer's Buchhandlung, Baarn,** (Holland).

Für ein junges Mädchen vom Lande, aus angesehener Familie, fleißig und gesund, wird in gut katholisch, bürgerlichen Hause, nicht Hotel, zum 1. April 1907

Stelle gesucht

zur Erlernung der Küche

und des Haushalts. Familienanschluß. Vergütung nach Uebereinkunft. Angebote unter **St. B. 8056** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein tüchtiger

Buchbinder-Gehülfe,

welcher auch in der **Kerckebusch-Druckerei** erlernen ist, gesucht. (Engelbrechtsche m. Tiefdruckeinrichtung verbunden.)

Dauernde, angenehme Stellung. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche und Zeugnisse erbeten.

Paderborn. 8027 **Fr. Pommer.**

GEOLIN

Bestes Metallputzmittel der Welt



6126

Zahnatelier L. Vaerst.

Schmerzlose Plombierung.

Roggenmarkt 15. 7926

1. Etage.

Kronenburg

Westerstraße.

Empfehle meinen Saal für geschlossene und Vereins-Gesellschaften, namentlich zu

Hochzeiten

passend. 7986

— Menus —

in jeder Preislage werden auf Wunsch gern angefertigt.

FEST-HALLE

Heute, Sonntag:

2 Vorstellungen 2

nachm. 4 Uhr, abends 8 Uhr.

Bellachini.

Im Palast der Illusionen.

Kaiser-Panorama.

Filiale a. Berlin.

Vom 18./25. Novbr.: Land und Leute von Algier.

Geöffnet von morg. 10 bis abds. 9 Uhr.

8010

Heute Nachmittag sind geöffnet folgende Apotheken:

Löwenapotheke, Rothenburg.
Engelapotheke (Ecke Bernhardstr.).
Rinchenapotheke, Roggenmarkt.
Schlossapotheke, Wolbeckerstr.

Neu! Nie dagewesen!

Jubel und Freude-

Und höchstes Entzücken — Wird überall Jung und Alt berücken!

Wo „Rehfeld's Knusperhäuschen" erscheint!

Das schönste Weihnachtsgeschenk für alle Kinder!

Ein lang gehegter **Herzenswunsch** der lieben Kinderwelt — **Durch uns** er jetzt erfüllet wird für billiges Geld

Preis pro Stück nur **Mk. 1,30**

Porto 30 Pfg. Nachnahme 20 Pfg teurer.

Nur bei uns

zu haben!

Rehfeld & Backe

Fabrikation Solinger Stahlwaren und Versandhaus I. Ranges

Solingen 607.



Knusper, knusper knäuschen! Wer knuspert an meinem Häuschen?

Das Knusperhäuschen ist zum **Aufstellen** und **31 cm hoch, 34 cm tief, Bodenlänge 48 cm.**

Der Jubel der lieben Kleinen kennt keine Grenzen, wenn ihnen das liebliche, hell erleuchtete Knusperhäuschen unter dem Weihnachtsbaum entgegenstrahlt!

Drum — unter'm Weihnachtsbaum jedes Kind —

Rehfeld's Knusperhäuschen sind't

Wer sich ein Knusperhäuschen sichern will, bestelle sofort.

Bestellen Sie per Postanweisung (Porto 10 Pfg.), da Briefe mit Briefmarken in der Weihnachtszeit häufig verloren gehen.

9110